



Stephan Stach

Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe

Konzepte und Praktiken zur Einbindung
nationaler Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926–1939)

Wallstein

Stephan Stach
Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe

POLEN: KULTUR – GESCHICHTE – GESELLSCHAFT
POLAND: CULTURE – HISTORY – SOCIETY

Herausgegeben von / Edited by
Yvonne Kleinmann und Ruprecht von Waldenfels

Band 4 / Volume 4

Stephan Stach

Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe

Konzepte und Praktiken zur Einbindung
nationaler Minderheiten in Pilsudskis Polen

(1926 – 1939)

WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft
(Emmy Noether-Programm, Geschäftszeichen KL 2201-I-1)

Gefördert durch



und der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung.

DEUTSCH		POLSKO
POLNISCHE		NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS		FUNDACJA
STIFTUNG		NA RZECZ NAUKI

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2024

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Garamond Premier und der Myriad

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf

@ SG-Image unter Verwendung von: Gemeinsamer Besuch von Innenminister Marian Zyndram-Kościałkowski mit dem Woiwoden von Stanisławów, Zygmunt Jagodziński, und dem Leiter der Nationalitätenabteilung des Inneministeriums, Henryk Suchenek-Sucecki, in Kosów Huculski im Juli 1935; Narodowe Archiwum Cyfrowe, 1-A-2364a

ISBN (Print) 978-3-8353-3101-3

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4268-2

Inhalt

Einleitung

Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe	7
1 Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?	
Die Herausbildung von Nationalitätenpolitik als eigenständiges Politikfeld im unabhängigen Polen	33
2 Eine schnelle »Gesundung«?	
Die Neuaufstellung der Nationalitätenpolitik nach dem Maiputsch	65
3 Theorie und Praxis	
Nationalitätenpolitik zwischen Machtsicherung, Integration und Sicherheitsfragen	113
4 Erstarken der Diktatur und Krise der Nationalitätenpolitik	159
5 Neue Wege in der Nationalitätenpolitik	193
6 Ein Schritt vor, zwei zurück	
Nationalitätenpolitik seit Mitte der 1930er Jahre	233
7 Innere Fragmentierung und die Vertretung nach außen	
Verhandlungen über nationale, religiöse und wirtschaftliche Fragen zwischen der jüdischen Minderheit und dem polnischen Staat	259
7.1 Religiöse Einrichtung oder Autonomiekörperschaft? Der Rechtsstatus der jüdischen Gemeinden	261
7.2 Die obligatorische Sonntagsruhe. Wirtschaftliche oder religiöse Diskriminierung?	286
7.3 Wirtschaftspolitik als Nationalitätenpolitik. Bekämpfung der Armut und Produktivisierung der jüdischen Bevölkerung	295
7.4 Zwischenfazit	316

8	Das polnisch-ukrainische Verhältnis in Ostgalizien	
	Von der Ablehnung des Staates zum Wunsch nach Autonomie	319
8.1	Vom Boykott zur vorsichtigen Annäherung	320
8.2	Die »Pazifizierung Ostkleinpolens« als Katalysator für einen Politikwechsel der UNDO?	343
8.3	Auf dem Weg zu einer Normalisierung?	362
8.4	Scheitern der Normalisierung	371
8.5	Zwischenfazit	380
	Fazit	383
	Quellen und Literatur	391
1	Archivalien	391
2	Presse	392
3	Literatur und gedruckte Quellen	393
	Abkürzungen	406
	Dank	407
	Personenregister	409

Einleitung

Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe

Im bretonischen Städtchen Guer erschien im November 1939 in der ersten Nummer der polnischen Soldatenzeitung *Polska Walcząca* (Kämpfendes Polen) ein Beitrag über die interethnischen Beziehungen in den östlichen Gebieten Polens, den *Kresy*. Geschrieben hatte ihn Stanisław Józef Paprocki,¹ der von 1927 bis zum Kriegsbeginn das Warschauer Institut für Nationalitätenforschung (*Instytut Badań Spraw Narodowościowych*) geleitet hatte, eine regierungsnaher Denkfabrik für Nationalitätenpolitik. Er vertrat darin die These, die Konflikte zwischen ethnisch polnischer, belarusischer und ukrainischer Bevölkerung in den *Kresy* hätten im Grunde »kleine Dinge« betroffen, seien aber mit einem enormen Lärm ausgefochten worden. Darum sei der Eindruck entstanden, es könne den Polen nie gelingen, die anderen Völker »für die Idee einer gemeinsamen Staatlichkeit« zu gewinnen. Mit Blick auf die wenige Wochen zurückliegende Zerschlagung Polens durch die Wehrmacht und die Rote Armee fügte er hinzu:

Übrigens hatten weder wir noch die anderen in ausreichendem Maße begriffen, was diese Streitereien wirklich waren – mehr oder weniger unangenehm, aber im Grunde doch nur Familienstreitigkeiten. Während diese ausgetragen wurden, lauerten die, leider als nicht real empfundenen, furchtbaren Gefahren im Westen und Osten schon darauf, alle diese Völker gleichermaßen zu vernichten.²

Paprocki wusste besser als jeder andere, wie schwierig sich die Suche nach einer Lösung für die Konflikte zwischen ethnischen Polinnen und Polen, dem polnischen Staat und jenen polnischen Staatsbürgerinnen und -bürgern gestaltet hatte, die nationalen Minderheiten angehörten. Wenn er sie hier als »kleine Dinge« oder »Familienstreitigkeiten« scheinbar bagatellisierte, dann diente dies dazu, der polnischen Leserschaft die bittere Wahrheit schonend beizubringen. In Paprockis Augen resultierte die Niederlage des polnischen Staates im September 1939 aus den Versäumnissen der Nationalitätenpolitik in den vorangegangenen zwanzig Jahren. Mit »kleinen Dingen« meinte er das nötige Entgegenkommen des Staates gegenüber seinen nichtpolnischen Staatsbürgerinnen und -bürgern,

- ¹ Zu Paprocki siehe: W. Szyszkowski: Paprocki Stanisław Józef, in: *Polski Słownik Biograficzny*. Wrocław 1980, Bd. 25, S. 186–188. Eine ausführlichere biografische Studie zu Paprocki steht aus.
- ² Stanisław Boleszyk [Stanisław J. Paprocki]: *Wschodnie ziemie Polski*, in: *Polska walcząca – Tygodnik gromady żołnierskiej*, 29. 11. 1939.

um sie für die Idee eines gemeinsamen Staates einzunehmen. Ein solcher, so die These seines Aufsatzes, wäre in der Lage gewesen, sich auf die äußere Bedrohung einzustellen, und hätte Allianzen mit Völkern eingehen können, die die Übergangszone zwischen polnischer und russischer Kultur bewohnten.

Andere »Familienmitglieder« bewerteten diesen Zusammenhang ähnlich, hatten dabei aber keinen Grund, schonend vorzugehen. Die Gründe für den Zusammenbruch Polens (*Pryčyny Upadku Polšči*) lautete der Titel eines Buches, das 1940 auf Ukrainisch in Krakau erschien – damals Hauptstadt des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete. Sein Autor, Ivan Kedryn,³ war vor der anrückende Roten Armee aus Lemberg geflohen. Der Journalist und Politiker der *Ukrains'ke Nacional'no-Demokratyčne Ob'jednannja* (Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung – UNDO) hatte seine Abrechnung vorsichtshalber unter dem Pseudonym *homo politicus* veröffentlicht. Kedryn war ein guter Bekannter und Partner Paprockis im polnisch-ukrainischen Dialog gewesen. In seinem Buch machte er den unter polnischen Politikern und den wenigen damals aktiven Politikerinnen⁴ verbreiteten Unwillen, die Probleme nationaler Minderheiten zu lösen, ja sie überhaupt als Probleme des polnischen Staates anzuerkennen, als einen Hauptgrund für dessen Untergang aus. Die Schuld dafür gab er dem 1937 entstandenen Lager der Nationalen Einheit (*Obóz Zjednoczenia Narodowego*, kurz *Ozon*). Als politische Sammelbewegung des Regierungslagers habe es, so hob er hervor, die Doktrin der oppositionellen Nationaldemokraten übernommen, nach der das polnische Volk Hausherr im polnischen Staat sein müsse. Mit bitterer Ironie kommentierte er:

Die praktische Umsetzung dieser These sah so aus, dass polnische Bürger nicht-polnischer Nationalitäten beim Hauptmieter nicht nur als Untermieter ohne das Recht auszuziehen wohnten, sondern dass sich die Polen einfach mit dem Staat gleichsetzten. Der Staat hörte auf, ein Werk zu sein, das sich aus Territorium, Bevölkerung und Regierung zusammensetzte: Nicht nur die durchschnittlichen Polen, sondern auch ein großer Teil der politisch organisierten Gemeinschaft verstand den Staat als eine Einrichtung nur für Polen. Auf jene,

3 Eigentlich Ivan Rudnyc'kyj. Ab 1920 benutzte er das Pseudonym Ivan Kedryn (ukr. für Zeder). Unter diesem Namen firmierte er in der Presse und anderen Dokumenten, weswegen ich in dieser Arbeit ebenfalls den Namen Ivan Kedryn benutze.

4 Das in dieser Arbeit untersuchte Akteursumfeld in Politik, Staatsverwaltung und Wissenschaft des 1918 unabhängig gewordenen polnischen Staates war derart stark von Männern dominiert, dass ein konsequentes Gendern von Begriffen wie Politikern, Staatsbeamten, Wissenschaftlern usw. die damaligen Realitäten stark verzerrt darstellen würde. Darum nutze ich in der Regel das Maskulinum. Bei der Bezeichnung Bevölkerungsgruppen verwende ich hingegen entweder geschlechtsneutrale Bezeichnungen wie »jüdische Bevölkerung« oder beide Formen wie Staatsbürgerinnen und -bürger.

die durch die polnischen Expansionskriege in diese Einrichtung gelangt waren, musste man keine Rücksicht nehmen.⁵

Kedryn veröffentlichte seine Analyse zum Zusammenhang zwischen der Nationalitätenpolitik des polnischen Staates und dessen Niederlage auf Ukrainisch. Gern hätte er sie einem polnischen Publikum zu lesen gegeben. Doch erachteten die deutschen Besatzungsbehörden politische Literatur für Polen als überflüssig und untersagten die Publikation der druckfertigen Übersetzung.⁶

Der polnisch-jüdische Publizist und ehemalige Ministerialrat im polnischen Innenministerium, Aleksander Haffka,⁷ konnte seine Kritik dagegen direkt an eine polnische Leserschaft richten, allerdings in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sein Artikel erschien Ende 1942 in der polnischsprachigen New Yorker Tageszeitung *Nowy Świat* (Neue Welt) und reagierte auf öffentliche Bekundungen der Anteilnahme nichtjüdischer Polinnen und Polen angesichts des andauernden deutschen Massenmords an ihren jüdischen Mitbürgerinnen und -bürgern. Haffka drückte seine Wertschätzung für solche Gesten aus und erklärte, es sei auch der Wunsch der polnischen Jüdinnen und Juden, dass aus dem Krieg ein großes, unabhängiges und demokratisches Polen hervorgehe. Gerade deshalb aber hielt er es für notwendig, auch den Konflikt zwischen polnischem Staat und nationalen Minderheiten vor 1939 zu thematisieren. Es sei die polnische Seite gewesen, die in der Vergangenheit den Wunsch der jüdischen Bevölkerung zurückgewiesen habe, am gemeinsamen Staat mitzuarbeiten:

Die Juden betrachteten sich mit ihrer Bindung an die polnische Erde, den polnischen Staat und die polnische Kultur als Mitbürger gleich an Rechten und Pflichten. Die polnischen Chauvinisten und auch die Schöpfer des OZON sprachen ihnen dieses Recht auf Gleichheit ab und schufen eine Theorie, nach der Juden aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu entfernen seien [...].⁸

Dass sich Haffka und Kedryn am *Ozon* abarbeiteten, ist kein Zufall. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren sie, wie Paprocki, am Warschauer Institut für Nationa-

5 Homo politicus [Ivan Kedryn]: *Pryczyny Upadku Pol'sci*. Krakiv 1940, S. 85 f.

6 So schildert es Kedryn nach dem Krieg; siehe: Mariusz Sawa: *Ukraiński emigrant. Działalność i myśl Iwana Kedryna-Rudnyckiego (1896–1995)*. Lublin 2016, S. 34.

7 Zu Haffka siehe: Stephan Stach: *Żyd Polski Odrodzonej: studium przypadku Aleksandra Haffki, urzędnika ministerialnego i żydowskiego działacza społecznego w II RP*, in: *Kwartalnik Historii Żydów* 258 (2016) 2, S. 381–405.

8 A. Haffka: *W godzinie żaloby*, in: *Nowy Świat – The Polish Morning World*, 23. Dezember 1942. Haffkas Beitrag war eine Reaktion auf Ignacy Matuszewskis Artikel »Ostanie krąg piekła«, in: *Nowy Świat – The Polish Morning World*, 4. 12. 1942.

litätenforschung und in dessen weiterem institutionellen Umfeld tätig gewesen. Alle drei hatten dort mit großem Einsatz versucht, der polnischen Nationalitätenpolitik eine Richtung zu geben, die es den Angehörigen der ukrainischen und jüdischen Minderheit ermöglicht hätte, sich als polnische Staatsbürger beziehungsweise Staatsbürgerinnen zu identifizieren oder, wie Paprocki es formulierte, sich »für die Idee einer gemeinsamen Staatlichkeit« gewinnen zu lassen.

Die Machtübernahme des *Ozon*, das nach Pilsudskis Tod als Sieger aus den internen Streitigkeiten des Regierungslagers hervorgegangen war, bedeutete das vorläufige Scheitern dieser Bemühungen. Das *Ozon* hatte auf eine nationalistische, gegen die Interessen der nichtpolnischen Nationalitäten gerichtete Politik gesetzt, um sich unter der ethnisch-polnischen Bevölkerung Legitimation zu verschaffen. Bis zur Zerschlagung des polnischen Staates 1939 glaubten Paprocki, Haffka und Kedryn weiter an die grundsätzliche Lösbarkeit des Problems. Haffka und Paprocki hielten sogar im Krieg an dieser Überzeugung fest, als Kedryn sich im deutschen Herrschaftsbereich befand und zu solchen Fragen nicht äußern konnte.

Die drei gehörten zusammen mit dem 1931 von ukrainischen Nationalisten ermordeten Tadeusz Hołowko zu den wichtigsten Akteuren der Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe. So bezeichne ich im Rahmen dieser Arbeit jene Politik, die nach dem Maiputsch von 1926 versucht hatte, hinter den Kulissen des Politikbetriebs Vertrauen zwischen den politischen Vertretern verschiedener nationaler Gruppen zu schaffen. Auf der Grundlage dieses Vertrauens sollte eine Nationalitätenpolitik wachsen, die bestehende Konflikte durch Kompromisse überwindet.

Die vergessene Nationalitätenpolitik der Zweiten Republik

Paprocki, Haffka und Kedryn sowie zahlreiche weitere polnische Staatsbürger unterschiedlicher Nationalität engagierten sich an einflussreichen Stellen der Staatsverwaltung, in staatsnahen Institutionen, aber auch in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der verschiedenen nationalen Gruppen. In der Presse und anderen Publikationen in verschiedenen Sprachen warben sie für die Überwindung ethnischer beziehungsweise nationaler Konflikte. Sie waren damit weder in der Gesamtgesellschaft noch in den verschiedenen nationalen Gesellschaften isoliert. Doch warum fand ihr Engagement bisher so wenig Beachtung?

Zunächst einmal geriet die Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend in Vergessenheit, weil das ihr zugrundeliegende Problem während des Kriegs und der ersten Nachkriegsjahre auf brutale Weise beseitigt worden war: Der deutsche Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Polens während des Krieges, die Westverschiebung der Grenzen in seiner Folge, die Vertreibung der Deutschen und der »Bevölkerungsaustausch« mit der Sowjetunion resultierten in einer weitgehenden ethnischen Homogenisierung

des nun kommunistischen Polens. Politische Konzepte zur Einbindung nationaler Minderheiten verloren ihre praktische Bedeutung.⁹ Obendrein galten historische Erfahrungen aus der Zweiten Polnischen Republik im neuen politischen System Polens lange als politisch kontaminiert.¹⁰

Noch bedeutender für die Vernachlässigung integrativer Ansätze in der wissenschaftlichen Analyse der Nationalitätenpolitik vor 1939 ist die Betrachtung der interethnischen Beziehungen in der Zweiten Republik durch das Prisma der immensen Eruption ethnisch motivierter Gewalt während des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit.¹¹ Dazu zählen die Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten polnischen und ukrainischen Gruppen, die im Sommer 1943 im von den Deutschen besetzten Wolhynien begonnen hatten und sich bald darauf auf Ostgalizien ausbreiteten. Polnische Historiker schätzen, dass den damit einhergehenden Massakern an der Zivilbevölkerung zwischen 80.000 und 100.000 polnische und zwischen 10.000 und 15.000 ukrainische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen.¹² Weder die Einnahme des Gebiets durch sowjetische Truppen noch die Abtretung der überwiegend ukrainisch besiedelten Gebiete Polens an die Sowjetunion hatten zu einem Ende der Kämpfe geführt. Erst die Zwangsumsiedlung der verbliebenen ukrainischen Bevölkerung aus dem südöstlichen Grenzgebiet der Volksrepublik Polen in deren neue West- und Nordgebiete im Zuge der *Akcja »Wisła«*, der Aktion »Weichsel«, im Frühjahr 1947 befriedete die Region, kam jedoch einer kollektiven Bestrafung der dortigen ukrainischen Bevölkerung gleich.¹³

Die Ermordung der polnischen und europäischen Jüdinnen und Juden prägte und prägt zum Teil bis heute den Blick auf das polnisch-jüdische Verhältnis in Polen vor 1939. Die deutschen Besatzer hatten diese geplant und ausgeführt. Wäh-

- 9 Eine Ausnahme von dieser Regel ist die kurze Phase jüdischer Autonomie in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre. Damit erfüllte die neue polnische Regierung eine zentrale Forderung jüdischer Politiker aus der Zeit vor 1939. Sie blieb jedoch auf die kurze Phase bis zur Konsolidierung des polnischen Stalinismus bestehen. Die offizielle Beseitigung erfolgte 1950 und betraf eine zahlenmäßig kleine, durch die Nachkriegsemigration weiter schrumpfende Personengruppe. Siehe: Jolanta Żyndul: Państwo w Państwie? Autonomia narodowo-kulturalna w Europie środkowowschodniej. Warszawa 2000, S. 211–216.
- 10 Siehe: Andrzej Garlicki/Tomasz Nałęcz/Wiesław Władyka: Druga Rzeczpospolita w powojennych badaniach historyków polskich, in: Przegląd Historyczny 69 (1978) 3, S. 389–404.
- 11 Sich dieser Problematik bewusst zu werden, hatte Roman Wapiński bereits 1994 in Hinblick auf zukünftige Arbeiten gefordert; vgl.: Roman Wapiński: Polska i małe ojczyzny Polaków. Z dziejów kształtowanie się świadomości narodowej w XIX i XX wieku po wybuchu II wojny światowej. Wrocław u. a. 1994, S. 395.
- 12 Ryszard Torzecki: Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej. Warszawa 1993, S. 267; Grzegorz Motyka: Od rzezi wołyńskiej do akcji »Wisła«. Kraków 2011, S. 447 f.
- 13 Grzegorz Motyka: Od rzezi wołyńskiej do akcji Wisła. Kraków 2011.

rend einige nichtjüdischen Polinnen und Polen ihren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern halfen, verhielt sich die große Mehrheit passiv. Einige beteiligten sich wiederum auf verschiedene Weise an der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen. Insbesondere Letztere erhielten in den Debatten um das polnisch-jüdische Verhältnis große Aufmerksamkeit.¹⁴ Hinzu kamen gewaltsame Angriffe auf zurückkehrende jüdische Überlebende, die sich in der teils bürgerkriegsartigen Situation zwischen 1944 und 1947 ereigneten, die auf die deutsche Besatzung folgte.¹⁵ Schließlich verschwand der Antisemitismus auch in der Volkrepublik Polen nicht. Er manifestierte sich während der Entstalinisierung 1956 im Verhalten von Teilen der Bevölkerung,¹⁶ aber auch in der »von oben« als antizionistisch kaschierten Kampagne der polnischen Regierung von 1967/68.¹⁷

Eine oft schablonenhafte Verengung des Blicks auf diese Ausprägungen von Antisemitismus übte einen starken Einfluss auf die Wahrnehmung der Polen in der westlichen Öffentlichkeit aus¹⁸ und blieb nicht ohne Auswirkung auf die Historiographie. Holocaust und Nachkriegsantisemitismus wurden zum Prisma, durch das Forscherinnen und Forscher auf das polnisch-jüdische Verhältnis vor dem Krieg blickten. Es mag zwar verständlich scheinen, die Ursachen für das Verhalten der nichtjüdisch-polnischen Bevölkerung während des Holocaust und den Antisemitismus der Nachkriegszeit in der Politik Polens vor 1939 zu suchen. Doch reduziert das die Politik des Staates gegenüber nationalen Minderheiten zur bloßen Vorgeschichte von Kriegs- und Nachkriegsgewalt und führt in die Irre.

Exemplarisch dafür steht Celia S. Hellers 1977 erschienene, soziologische Stu-

14 Siehe dazu: Jan Tomasz Gross: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*. München 2001; Paweł Machcewicz/Krzysztof Persak: *Wokół Jedwabnego*, 2 Bde. Warszawa 2002; Barbara Engelking/Jan Grabowski: *Dalej jest noc. losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski*, Bd. 2. Warszawa 2018.

15 Marcin Zaremba: *Die große Angst. Polen 1944–1947: Leben im Ausnahmezustand*. Paderborn 2016; Jan Tomasz Gross: *Angst. Antisemitismus nach Auschwitz in Polen*. Berlin 2012; Joanna Tokarska-Bakir: *Pod klątwą. Społeczny portret pogromu kieleckiego*, 2 Bde. Warszawa 2018; Agnieszka Wiercholska: *Nur Erinnerungen und Steine sind geblieben. Leben und Sterben einer polnisch-jüdischen Stadt: Tarnów 1918–1945*. Paderborn 2022.

16 August Grabski: *Sytuacja Żydów w Polsce w latach 1950–1957*, in: *Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego* 196 (2000), S. 504–519, hier S. 511–513.

17 Dariusz Stola: *Kampania antysyjonistyczna 1967–68*. Warszawa 2000; Hans-Christian Dahmann: *Antisemitismus in Polen 1968. Interaktionen zwischen Partei und Gesellschaft*. Osnabrück 2013.

18 Michael Steinlauf: *Bondage to the Dead. Poland and the Memory of the Holocaust*. Syracuse (NY) 1997, S. 80; auch: Stephan Stach: »It Was the Poles« or How Emanuel Ringelblum Was Instrumentalized by Expellees in West Germany. On the History of the Book Ghetto Warschau: *Tagebücher aus dem Chaos*, in: *Czech Journal of Contemporary History* VI (2018), S. 42–61.

die über die jüdische Minderheit in Polen zwischen den Weltkriegen. Sie trägt diese Lesart bereits im Titel: *On the Edge of Destruction*. Entsprechend interpretiert sie den Untergang des jüdischen Lebens in Polen im Holocaust als

verdict that the Polish nationalists had formulated at the beginning of the century and championed in post-World War I independent Poland, that the Polish government had begun to realize in the 1930s and that the Nazis had brutally executed in the 1940s.¹⁹

Hellers Analyse betrachtet die polnisch-jüdischen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg von deren gewaltsamen Ende her und versucht so, die Ereignisse nach 1939 aus dem Geschehen vor 1939 zu erklären. Damit konstruiert sie einen Zusammenhang zwischen dem deutschen Massenmord an den polnischen und europäischen Jüdinnen und Juden und der Nationalitätenpolitik der Zweiten Polnischen Republik, der so nicht bestand: Der Holocaust war keine Folge der Politik im unabhängigen Polen seit 1918, auch wenn sie von teils starken antisemitischen Strömungen geprägt war. Ebenso wenig bestand ein direkter Zusammenhang zwischen der polnischen Nationalitätenpolitik vor 1939 und den Massakern in Wolhynien und Ostgalizien sowie den Zwangsumsiedlungen der Aktion »Weichsel«: Der polnisch-ukrainische Konflikt eskalierte erst unter den Bedingungen der deutschen Okkupation in einer derartigen Gewalteruption.

Mit der Betrachtung durch das Prisma von Krieg und Holocaust geht der – wenn auch oft unausgesprochene – Anspruch einher, die Ereignisse nach 1939 aus dem Geschehen vor 1939 erklären zu können. Abgesehen davon, dass dies an sich problematisch ist, führt es zu einer Fokussierung auf Konflikt und krisenhafte Zuspitzung. Fragen nach gegenläufigen Entwicklungen, nach Annäherungen zwischen dem polnischen Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern nichtpolnischer Nationalität oder auch zwischen nationaler Mehrheit und nationalen Minderheiten werden dadurch hinfällig. Doch gerade diese Fragen müssen dringend gestellt werden, um die Zweite Republik zu ihrem eigenen Recht zu betrachten. Ansonsten verengt sich die historische Perspektive unnötig und blendet die Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der handelnden Zeitgenossinnen und -genossen aus.²⁰ Aus ihrer Perspektive erschien eine friedliche und einvernehmliche Beilegung der nationalitätspolitischen Konflikte in Polen möglich und sogar wahr-

19 Celia S. Heller: *On the Edge of Destruction: Jews of Poland between the Two World Wars*. Detroit 1977, S. 297.

20 Reinhart Koselleck: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien, in: Ders. *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a. M. 2010, S. 349–375.

scheinlicher, konnten sie doch den kommenden Weltkrieg und den Holocaust nicht vorhersehen.

Die Erfolglosigkeit des Unterfangens, die mit dem Verschwinden der Zweiten Republik zementiert wurde, lassen die damalige Suche nach einer konsensualen Lösung der Nationalitätenproblematik in der Zweiten Republik bedeutungslos und ihre Akteure marginal erscheinen. Dazu trugen letztere teilweise selbst bei. Der eingangs erwähnte Ivan Kedryn stellte nach 1939 seinen Beitrag an der Suche nach polnisch-ukrainischer Verständigung als eher unbedeutend dar; frühere polnische Partner in diesem Prozess, wie Paprocki, beschreibt er allenfalls als »weiße Raben«, ²¹ als absolute Einzelfälle, ohne Einfluss auf die polnische Politik und Gesellschaft. Hinter diesen Äußerungen verbirgt sich ein pragmatischer Opportunismus: Weder als ukrainischer Flüchtling im Generalgouvernement noch später als Emigrant in den Vereinigten Staaten und Teil einer überwiegend antipolnisch eingestellten ukrainischen Diaspora, war es für sein Fortkommen hilfreich, sich als polnisch-ukrainischer Brückenbauer oder als loyaler Staatsbürger der Zweiten Republik darzustellen. Darauf, dass er sich zumindest bis Kriegsbeginn als solcher verstand, verweist sein Name unter einem Anfang September 1939 publizierten Appell an die »Bürger des polnischen Staates«. Darin rufen zahlreiche polnische, jüdische und ukrainische Persönlichkeiten Lembergs über nationale, Partei- oder Klassengrenzen hinweg zur Verteidigung der Republik auf.²² Seine Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das auch Stanisław Grabski, ein bei nationalen Minderheiten verhasster, nationaldemokratischer Politiker unterzeichnet hatte, dürfte keine leichtfertige Entscheidung gewesen sein.

Alles in allem zeigen diese Ausführungen, dass sich das Interesse an den historischen Erfahrungen der Zweiten Polnischen Republik bisher vor allem auf Nationalitätenkonflikte konzentrierte. Die Erfahrungsressourcen zur Konfliktlösung und zur Einbindung nationaler Minderheiten in die Gesellschaften moderner Staaten sind hingegen kaum erforscht worden. Mit der vorliegenden Arbeit leiste ich einen Beitrag zu ihrer Erschließung.

Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt daher auf den Annäherungen zwischen dem polnischen Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern nichtpolnischer Nationalität. Diese untersuche ich anhand der beiden größten nationalen Minderheiten: der ukrainischen und der jüdischen. Die ukrainische Bevölkerung

21 »Weiße Raben« ist der Titel eines in der polnischen Exilzeitschrift *Kultura* erschienen Artikels, in dem Kedryn über seine Kontakte mit polnischen Politikern schrieb: Iwan Kedryn: Białe kruki, in: *Kultura* 361 (1977) 10, S. 71–80. Die gleiche Formulierung verwendete er auch in seinen Memoiren: Ivan Kedryn: *Żyttja – podii – ljudy. Spomyny i komentari*. New York 1976, S. 286 f.; zu Paprockis fehlendem Einfluss ebd., S. 201. Bereits 1940 benutzt er die Bezeichnung als Bildunterschrift: homo politicus: Pryčyny Upadku Pol’šči, nicht nummerierte Bildblätter zwischen Seite 72 und 73.

22 Obywatele Panstwa Polskiego!, in: *Chwila*, Morgenausgabe, 4. 9. 1939.

konzentrierte sich in den südöstlichen Gebieten des Landes. In Wolhynien und Ostgalizien stellte sie die Mehrheit der Einwohner. Die jüdische Bevölkerung lebte hingegen über das ganze Land verteilt, wobei ihr Anteil von West nach Ost zunahm. Gab es unter der Landbevölkerung kaum Jüdinnen und Juden, stellten sie in städtischen Zentren hingegen sogar gelegentlich die Bevölkerungsmehrheit. Der Betrachtungszeitraum meiner Arbeit konzentriert sich auf die Jahre zwischen der Machtübernahme Józef Piłsudskis im Mai 1926 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs. Dieser zeitlichen Eingrenzung liegt die Beobachtung zugrunde, dass sich die Aushandlungsprozesse zwischen Akteuren der nationalen Minderheiten und Vertretern des polnischen Staates nach dem Maiputsch grundlegend veränderten und sich vom Parlament in neue Foren verlagerten.

Ein solches Forum war das erwähnte Warschauer Institut für Nationalitätenforschung²³ (*Instytut Badań Spraw Narodowościowych* – IBSN) und sein weiteres institutionelles Umfeld. Das Institut, eine regierungsnaher Denkfabrik für Nationalitätenpolitik, wurde von polnischen Politikern, Wissenschaftlern und Staatsfunktionären gegründet und getragen, die Polen nicht als Nationalstaat der ethnischen Polinnen und Polen betrachteten, sondern als Staat für alle seine Bürgerinnen und Bürger.²⁴ Dabei kam ihm unter anderem die Funktion einer Anlaufstelle für die Vertreter nationaler Minderheiten zu, die nach Ansprechpartnern im Regierungsapparat suchten, um ihre Interessen zu kommunizieren. Diese wurden am Institut gemeinsam von den Vertretern der Minderheiten und polnischen Akteuren diskutiert. Zugleich generierte das Institut und die ihm verbundenen Wissenschaftler und Praktiker große Expertise in Nationalitätenfragen, auf die die Regierung zurückgreifen konnte.

Die zunehmende Institutionalisierung der Nationalitätenpolitik fand auch innerhalb des Regierungsapparats statt. Dort fand die neue Regierung zunächst nur eine Expertenkommission für nationale Minderheiten und die östlichen Woiwodschaften (*Komisja Rzecznawców do spraw Mniejszości Narodowych i województw wschodnich*) vor, die bereits vor dem Maiputsch installiert worden war. Diese Kommission, die Reformvorschläge für Nationalitätenpolitik erarbeiten sollte, erwies sich zwar nur als kurzlebig, erhielt aber zeitweise einen erheblichen Einfluss, den sie zur Initiierung spürbarer Veränderungen nutzte. Sie kooperierte eng mit der Nationalitätenabteilung des Innenministeriums (*Wydział Narodowościowy Ministerstwa Spraw Wewnętrznych*), die nach dem Maiputsch als

23 Dies ist die deutsche Bezeichnung für das Institut, die in den 1930er Jahren in der von Otto Hoetzsch herausgegebenen Zeitschrift *Osteuropa* oder in der *Kulturwehr*, der Zeitschrift des Verbands der nationalen Minderheiten in Deutschland, benutzt wurde.

24 Leon Wasilewski, einer der wichtigsten Protagonisten des IBSN, hatte bereits 1924 die Notwendigkeit eines solchen Staatsverständnisses in seiner unter dem Pseudonym Maciej Pszczółkowski 1924 in Warschau veröffentlichten Broschüre *Polska dla Polaków czy Polska dla wszystkich obywateli polskich? (sprawa mniejszości narodowych w Polsce)* dargelegt.

ausführendes Organ für dieses Politikfeld geschaffen wurde. Sie sollte die nationalitätenpolitischen Vorgaben der Regierung umsetzen und agierte dabei in enger Abstimmung mit dem Institut für Nationalitätenfragen. Die Abteilung arbeitete über zehn Jahre hinweg relativ konstant und war ein wichtiger Baustein der polnischen Nationalitätenpolitik, die ich in der vorliegenden Arbeit untersuche.

Die Leitfragen dieser Studie lauten: Welche Konzepte und Praktiken zur Einbindung von nationalen Minderheiten in einen gemeinsamen Staat wurden von polnischen, jüdischen und ukrainischen Akteurinnen und -akteuren diskutiert und welchen Einfluss konnten diese auf die staatliche Politik nehmen? Wie und wo fanden Aushandlungsprozesse über die Rechte und die Rolle nationaler und religiöser Minderheiten in Polen statt? Dazu werde ich im ersten Teil der Arbeit das Institut für Nationalitätenforschung, die Nationalitätenabteilung des Innenministeriums sowie weitere politische Gremien und schließlich die Zeitschrift *Biuletyn Polsko-Ukraiński* (Polnisch-Ukrainisches Bulletin) betrachten.

Für die Gestaltung und Umsetzung polnischer Nationalitätenpolitik nach 1926, so meine These, spielte dieses Umfeld eine ausschlaggebende Rolle. Es fand bisher jedoch kaum Beachtung in der historischen Forschung, die sich vor allem auf die Regierungsebene konzentrierte. Die dahinterstehende *zweite Reihe* von Experten innerhalb und außerhalb des Regierungsapparats ist daher noch nicht systematisch untersucht worden. Darum stelle ich sie als bedeutende Kraft in der Nationalitätenpolitik Polens ins Zentrum meiner Arbeit.

Im zweiten Teil der Arbeit analysiere ich die politische Praxis der institutionalisierten Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe anhand zweier Fallstudien. In der ersten stehen die polnischen Jüdinnen und Juden als eine ethnoreligiös strukturierte, nichtterritoriale nationale Minderheit im Mittelpunkt. Ausgehend von Debatten im weiteren Umfeld des Instituts für Nationalitätenforschung betrachte ich zunächst die eng mit der Forderung nach Autonomie verwobene Frage des Rechtsstatus der jüdischen Gemeinden. Im Weiteren untersuche ich die dort erarbeiteten Vorschläge zur Abmilderung der religiösen und wirtschaftlichen Benachteiligung von Jüdinnen und Juden, die aus der gesetzlich festgeschriebenen Sonntagsruhe erwachsen. Schließlich befasse ich mich in diesem Kapitel mit dem Komitee zur Ermittlung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung Polens (*Komitet Zbadania Potrzeb Gospodarczych Ludności Żydowskiej w Polsce*), das Programme zur Verbesserung der desolaten wirtschaftlichen Situation großer Teile der jüdischen Bevölkerung erarbeitete.

Die zweite Fallstudie gilt der ukrainischen Minderheit, die konfessionell in orthodoxe und griechisch-katholische Christen gespalten war und sich territorial in den östlichen und südöstlichen Woiwodschaften Polens konzentrierte. In dieser Fallstudie analysiere ich insbesondere den Annäherungsprozess zwischen ostgalizisch-ukrainischen Akteuren und dem polnischen Staat. Dieser ereignete sich vor dem Hintergrund der Forderung nach einer territorialen Autonomie für die

ukrainisch besiedelten Gebiete Polens. Die Fallstudien dienen zum einen dazu, genauer zu analysieren, wie Aushandlungsprozesse zwischen nationalen Minderheiten und dem polnischen Staat über das im ersten Teil untersuchte institutionelle Umfeld der Nationalitätenpolitik in Gang gebracht wurden. Zum anderen bieten sie Raum, um die Perspektiven der jeweiligen nationalen Minderheiten herauszuarbeiten.

Institutioneller und biographischer Zugang

Für meine Studie über die Nationalitätenpolitik der Zweiten Polnischen Republik nach der Machtübernahme Józef Piłsudskis und seiner Anhänger habe ich einen institutionengeschichtlichen Zugang gewählt. Dieser erscheint insbesondere deshalb als fruchtbar, weil die politischen Veränderungen nach 1926 mit einer deutlich wahrnehmbaren Institutionalisierung in diesem Politikfeld einhergehen. Dieser, wie Reinhard Blänkner betont, für Krisen- und Umbruchsituationen typische Prozess bedeutete dabei nicht allein die Entstehung neuer Institutionen, sondern auch die »Institutionalisierung und Strukturierung politisch-sozialer Beziehungen«. ²⁵ Insofern weisen verstärkte Institutionalisierungen in einem bestimmten Themenfeld auf einen dort erkannten – oder zumindest vermuteten – langfristigen Handlungs- und Regulierungsbedarf hin. Um diesen zu befriedigen, wird mit Institutionen Verbindlichkeit geschaffen. ²⁶ Gerhard Göhler versteht politische Institutionen als »Regelsysteme der Herstellung und Durchführung verbindlicher, gesamtgesellschaftlich relevanter Entscheidungen«. ²⁷ Diese regulierende Funktion bedeutet ihm zufolge die politische Umsetzung von Interessen in Entscheidungen. Insofern sind die Institutionalisierungsprozesse auf dem Feld der polnischen Nationalitätenpolitik sowohl Ausdruck der Anerkennung von Interessen relevanter gesellschaftlicher Gruppen – konkret: nationaler Minderheiten – als auch der Absicht, verbindliche Regelungen für die polnische Nationalitätenproblematik zu finden.

Für die Untersuchung der polnischen Nationalitätenpolitik bietet deren seit 1926 ausgebautes und neu geschaffenes institutionelle Umfeld einen vielverspre-

25 Reinhard Blänkner: Überlegungen zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Theorie politischer Institutionen, in: Gerhard Göhler (Hg.): *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden 1994, S. 85–122, hier S. 104 f., Zitat: S. 105.

26 Bernhard Löffler: *Moderne Institutionengeschichte in kulturhistorischer Erweiterung. Themen und Beispiele aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas (Hg.): *Geschichte der Politik: Alte und neue Wege*. München 2007 (= *Historische Zeitschrift Beihefte*, 44), S. 155–180, hier S. 175.

27 Gerhard Göhler: *Politische Institutionen und ihr Kontext. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Theorie politischer Institutionen*, in: Ders. (Hg.): *Die Eigenart der Institutionen, Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden 1994, S. 19–46, hier S. 22.

chenden Ansatzpunkt. Dabei sind Rüdiger vom Bruch Ausführungen zur »Wissenschaft im Gehäuse« instruktiv.²⁸ Er verweist auf die Komplexität der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik, in der sich einzelne Akteure, aber auch das Staats- und Forschungssystem wechselseitig beeinflussen, sich bremsen oder einander verstärken. Ebenso unterstreicht er, dass Forschungsfragen und -methoden sowie die Bewertung von Forschungsergebnissen gegenseitigen Erwartungshaltungen und anderen Einflüssen unterliegen. Darum warnt vom Bruch davor, den Einfluss wissenschaftlicher Politikberatung zu überschätzen. Die Erwartung, sie führe direkt zur Übersetzung von Expertise in politisches Handeln, beruhe auf einer allzu oft nur imaginierten Kausalität.²⁹

Vom Bruch Warnungen sind für die Untersuchung des Instituts für Nationalitätenforschung von unübersehbarer Relevanz. So begreift es sich nicht nur als Denkfabrik für Nationalitätenfragen, die wissenschaftliche Expertise für die Politikberatung aufbereitet, um mittelbar politisches Handeln zu beeinflussen.³⁰ Auch dort agierende Wissenschaftler begriffen sich oft als politische Akteure im Kampf für die nationale Sache und übernahmen damit eine Haltung, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg und in dessen Zuge sichtbar geworden war.³¹ Wissenschaftliche Politikberatung war hingegen ein recht junges Phänomen im damaligen Ostmitteleuropa, das im Verlauf der 1920er und 1930er Jahre immer mehr an Bedeutung gewann.³² Diese Faktoren dürften das von vom Bruch skizzierte Spannungsfeld der wechselseitigen Beeinflussung von Politik und Wissenschaft und überzogene Erwartungen an den Einfluss von Wissenschaft auf Politik verstärkt haben.

Angesichts der verzweigten Beziehungen zwischen den handelnden Personen erachte ich eine Akzentuierung einzelner Akteure als eine notwendige Ergänzung. Zwar sind auch Institutionen als Akteure zu verstehen, doch überdeckt eine Verengung der Perspektive auf institutionelles Handeln die Rolle einzelner Personen. Denn auch wenn Institutionen »in ihrer Funktion überpersönlich« sind, werden politische Entscheidungen doch »von prinzipiell angebbaren Personen

28 Rüdiger vom Bruch: Wissenschaft im Gehäuse: Vom Nutzen und Nachteil institutionengeschichtlicher Perspektiven, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 37–49.

29 Ebd., S. 46.

30 Zur Definition von Think Tanks siehe: Diane Stone: Think Tanks and Policy Analysis, in: Frank Fischer/Gerald J. Miller/Mara S. Sidney (Hg.): Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Methods, and Politics. New York 2006, S. 149–158.

31 Siehe dazu: Maciej Górný: Science Embattled. Eastern European Intellectuals and the Great War. Paderborn 2019.

32 Martin Kohlrausch/Katrin Steffen/Stefan Wiederkehr: Introduction, in: Dies. (Hg.): Expert Cultures in Central Eastern Europe. The Internationalization of Knowledge and the Transformation of Nation States since World War I. Osnabrück 2010, S. 9–30, hier S. 9–19.

getroffen und durchgeführt«. ³³ Mit Göhler bilden Institutionen demnach einen Rahmen für das Agieren von Personen. ³⁴ Ein biographischer Zugang greift die innerhalb der Forschung über Institutionen kontrovers diskutierte Frage nach der Rolle menschlichen Handelns in Institutionen auf. Die Betrachtung einzelner Akteure ermöglicht es, sowohl Aussagen dazu zu treffen, inwieweit Institutionen menschliches Verhalten – und damit auch das Handeln des Einzelnen in der Institution – strukturieren als auch darüber, welchen Einfluss individuelles auf institutionelles Handeln hat. ³⁵

Biographische Zugänge sind eine gewinnbringende Erweiterung der Institutionengeschichte, ³⁶ können sie doch den Blick für Wechselwirkungen zwischen biographisch geprägten Handlungsmustern und institutionellen Sachzwängen schärfen und Anhaltspunkte dafür liefern, wie hier entstehende Konflikte überbrückt werden. ³⁷ Der biographische Zugang ermöglicht, den Gegenstand nicht nur aus dem Blickwinkel einer scheinbar abstrakten Institution zu betrachten, sondern erweitert ihn um die Perspektive eines konkreten Menschen. Wie hilfreich das sein kann, um Geschichte als einen offenen Prozess begreifbar zu machen, ³⁸ zeigt die erwähnte Kontingenzerfahrung Ivan Kedryns im Verlauf des Zweiten Weltkriegs. An konkreten Lebensläufen werden politische und historische Brüche klarer und nachvollziehbarer.

Schließlich ermöglicht der biographische Zugriff, soziale, wirtschaftliche, kulturelle, politische oder ethnische Netzwerke detailliert zu analysieren. ³⁹ Es handelt sich um ein geeignetes Instrument, um jenes Akteursnetzwerk zu durchdringen, das die Institutionalisierungsprozesse polnischer Nationalitätenpolitik initiiert und vorangetrieben hat. Durch die sich herausbildenden institutionellen Knotenpunkte dieses Netzwerks entstanden wiederum neue Praktiken zur Einbindung von Akteuren der nationalen Minderheiten, um die sich das Netzwerk wiederum erweiterte.

Die entscheidende Ressource für diesen Prozess waren die besonderen Vertrauensstrukturen in diesem Netzwerk. Laut Niklas Luhmann ist Vertrauen ein

33 Göhler: Politische Institutionen, S. 22.

34 Ebd.

35 Stefanie Middendorf/Ulrike Schulz/Corinna R. Unger: Institutional History Rediscovered: Observing Organisations' Behavior in Times of Change: in: *Comparativ* 24 (2014) 1, S. 8–17, hier S. 10.

36 Zur Notwendigkeit einer kulturhistorisch erweiterten Institutionengeschichte: Bernhard Löffler: *Moderne Institutionengeschichte*, S. 179 f.

37 Simone Lässig: Introduction. Biography in Modern History – Modern Historiography in Biography, in: Volker Berghahn/Simone Lässig (Hg.): *Biography between Structure and Agency. Central European Lives in International Historiography*. New York/Oxford 2008, S. 1–26, hier S. 13.

38 Ebd., S. 19 f.

39 Ebd., S. 20.

»Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität«. ⁴⁰ Vertrauen zu Personen oder Institutionen erleichtert und beschleunigt das Handeln, da es die ihm vorangehenden Entscheidungs- und Abwägungsprozesse verkürzt. Ute Frevert, die die konzeptionelle Nutzbarkeit von Vertrauen für die historische Forschung ausgelotet hat, schlägt eine Unterscheidung verschiedener Formen und Ebenen von Vertrauen vor. ⁴¹ Dabei unterscheidet sie zwischen vertikalem und horizontalem Vertrauen, für das jeweils beispielhaft das Vertrauen zwischen Regierung und Bürgern beziehungsweise zwischen den Bürgern untereinander angeführt werden kann. Dem in der Regel auf persönlichen Beziehungen beruhenden Vertrauen stellt Frevert ein »gesichtsunabhängiges« ⁴² Vertrauen in Institutionen gegenüber. Dabei kommt es zu wechselseitigen Übertragungen von Vertrauen zwischen Institutionen und in ihrem Namen auftretenden menschlichen Akteuren: Einerseits profitieren konkrete Vertreter einer Institution von der Vertrauenswürdigkeit, die diese Institution genießt. Andererseits profitiert eine Institution von Vertrauensbeziehungen, die konkrete Akteure in ihrem Namen aufbauen. ⁴³ Die Untersuchung solcher Vertrauenstransfers zwischen den in dieser Arbeit zentralen Akteuren und Institutionen gibt einen Einblick, wie die Einbindung nationaler Minderheiten funktionierte.

Nationalität und Nationalisierung in Polen nach dem Ersten Weltkrieg

Das eigentliche Spannungsfeld dieser Arbeit ergibt sich aus dem Widerspruch zwischen der Gründung des polnischen Staates als Nationalstaat der Polen und der de facto ethnisch, religiös und national heterogenen Zusammensetzung seiner Bevölkerung. Dazu ist es zunächst nötig, auf die zentralen Begrifflichkeiten dieser Thematik einzugehen, nämlich einerseits »Nationalität« als Kategorie der Zugehörigkeit und andererseits »Nationalitäten« als Gruppenbezeichnung für die Angehörigen einer Nationalität. Hinzu kommt der Begriff »nationale Minderheiten«, der oft, jedoch nicht immer, synonym mit Nationalitäten verwendet wurde und wird.

Üblicherweise beginnen Studien zur polnischen Nationalitätenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen mit statistischen Angaben, wie sich die Bevölkerung des polnischen Staates auf die einzelnen Nationalitäten verteilte. Dazu

⁴⁰ So auch der Titel seines Buches: Niklas Luhmann: Vertrauen. Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 1968.

⁴¹ Ute Frevert: Vertrauen – eine historische Spurensuche, in: Dies. (Hg.): Vertrauen. Historische Annäherung. Göttingen 2003, S. 7–66.

⁴² Ebd., S. 57.

⁴³ Ebd.

greifen Autorinnen und Autoren in der Regel auf die Daten der beiden Volkszählungen von 1921 und 1931 zurück, aus denen hervorgeht, dass reichlich zwei Drittel der Bevölkerung Polens polnischer Nationalität gewesen seien, während sich das restliche Drittel auf die ukrainische, jüdische, belarusische und deutsche Nationalität sowie mehrere kleinere Nationalitäten verteilte.⁴⁴ Bei der Interpretation dieser Zahlen tun sich allerdings einige Schwierigkeiten auf. Bei der Volkszählung von 1921 hatte zum einen das Wilnaer Gebiet noch nicht zu Polen gehört. Zum anderen hatte die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens die Zählung boykottiert. Bei der zweiten Volkszählung wiederum hatte die polnische Statistikbehörde auf eine direkte Frage nach der Nationalität verzichtet. Stattdessen war nach der Muttersprache gefragt worden. Darüber sollte dann bei der Interpretation der Daten auf die Nationalität der Personen geschlossen werden, was mit einer angeblich hohen Zahl an Falschangaben zur Nationalität bei der ersten Volkszählung begründet wurde.⁴⁵

Da diese Zählungen wegen ihrer Methodik und wegen zahlreicher bekannt gewordener Ungenauigkeiten, Fehler und Fälschungen kritisiert worden sind, haben einige Historiker wie Jerzy Tomaszewski eigene Schätzungen angestellt.⁴⁶ Auch wenn die genaue prozentuale Verteilung zwischen den Volkszählungen leicht variiert und Tomaszewskis Schätzung, die auf den Volkszählungsergebnissen von 1931 basiert, den Bevölkerungsanteil polnischer Nationalität etwas reduziert und den der übrigen leicht erhöht, zeichnen sie insgesamt ein ähnliches Bild: Etwa zwei Drittel der Bevölkerung waren demnach Polinnen und Polen, zwischen 14 und 16 Prozent Ukrainerinnen und Ukrainer, acht bis zehn Prozent Jüdinnen und Juden, drei bis sechs Prozent Belarusinnen und Belarusen, zwei bis vier Prozent Deutsche sowie ein bis drei Prozent Angehörige andere Nationalitäten. Eine Problematisierung abweichender oder konkurrierender Selbstzuschreibungen, die insbesondere im Falle der jüdischen Minderheit evident sind, fand bisher jedoch kaum statt.

Der Bezug auf die Zahlen der Statistikbehörde, seien sie nun korrigiert oder nicht, ist in erster Linie deshalb problematisch, weil er deren Auffassung von Nationalität reproduziert. Demnach war Nationalität ein feststehendes Persönlichkeitsmerkmal, das auf Grundlage des ethnischen Merkmals »Muttersprache« ermittelt werden könne, ohne die betreffende Person zu befragen oder genauer in den Blick zu nehmen. Dieses Verständnis von Nationalität war in polnischen

44 Eine Übersicht über den Anteil der einzelnen Nationalitäten beider Volkszählungen findet sich z. B. in: Henryk Zieliński: *Historia Polski 1914–1939*. Wrocław 1985, S. 124–126, Tabelle 6.

45 *Kwestia narodowościowa w programie drugiego powszechnego spisu ludności Rzeczypospolitej Polskiej*. Wywiad z Generalnym Komisarzem Spisowym, p. Dr. Rajmund Buławskim, in: *Sprawy Narodowościowe (im Weiteren SN) 1–2/1932*, S. 1–27, hier S. 1 f.

46 Jerzy Tomaszewski: *Ojczyzna nie tylko Polaków. Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918–1939*. Warszawa 1985, S. 50.

Behörden verbreitet, wenngleich andere staatliche Institutionen – etwa das Militär – anstelle der Muttersprache auf die Religionszugehörigkeit zur Feststellung der Nationalität einer Person zurückgriffen.⁴⁷ Dass überhaupt die Notwendigkeit bestand, selbst Kriterien zu entwickeln, nach denen eine Zuordnung zu einer Nationalität vorgenommen werden konnte, ergab sich aus der verbreiteten Vorstellung, jede Person müsse eine Nationalität besitzen, unabhängig davon, ob sie sich dieser bewusst sei. Große Teile der Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Regionen Ostpolens, verfügten über kein ausgeprägtes Nationalbewusstsein. So weist der Militärhistoriker Jerzy Grzybowski in seinen Forschungen zu den Belarusen in der polnischen Armee darauf hin, dass Rekruten aus den nordöstlichen Territorien Polens, bei denen es sich in den Augen der Militärs um Belarusen handelte, während der Musterung auf die Frage nach ihrer Nationalität oft mit dem lokalen Bezug »hiesig (*tutejszy*)«, der Religionszugehörigkeit »orthodox (*prawoslawny*)« oder, abgeleitet von ihrer Staatsbürgerschaft, »polnisch« antworteten. Dies veranlasste das Militär schließlich dazu überzugehen, die Nationalität in den Personalakten zweifach zu erfassen. Neben der vom Rekruten angegebenen Nationalität wurde in einer zweiten Spalte die zumeist auf Grundlage von Sprache und Konfession durch den Musterungsbeamten festzustellende »wirkliche Nationalität« erfasst.⁴⁸

Wenngleich ein solches Verständnis von Nationalität keineswegs eine polnische Besonderheit war und auch von den politischen Vertretern der nationalen Minderheiten geteilt wurde, entsprach die strikte Abgrenzung verschiedener nationaler Gruppen nicht der Lebenswirklichkeit zahlreicher polnischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. So war insbesondere in den ethnisch heterogenen östlichen Landesteilen Mehrsprachigkeit Realität. Unter der jüdischen Bevölkerung in den größeren Städten Zentral- und Ostpolens war hingegen eine starke Identifikation mit der polnischen Kultur und Sprache verbreitet, die Katrin Steffen als »jüdische Polonität« beschrieben hat.⁴⁹ In seiner Lokalstudie über die nordostpolnische Provinzstadt Grodno weist Felix Ackermann darauf hin, dass es unter der lokalen Bevölkerung keine »statistisch belegbaren und klar voneinander getrennten« nationalen Gruppe gab, sondern dass diese durch Selbst- und Fremdzuschreibungen situativen Veränderungen unterlagen.⁵⁰ Auch die Ethnologin Olga Linkiewicz kritisiert die in der Historiografie zur polnischen Nationalitäten-

47 Jerzy Grzybowski: Belarusen in den polnischen Streitkräften in Friedenszeiten (1921–1939), in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung (im Weiteren ZfO) 62 (2013) 2, S. 233–253, hier S. 236.

48 Ebd., S. 235 f.

49 Katrin Steffen: Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939. Göttingen 2004.

50 Felix Ackermann: Palimpsest Grodno. Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919–1991. Wiesbaden 2010, S. 25.

politik zwischen den Weltkriegen verbreitete Übernahme zeitgenössischer nationaler Zuschreibungen.⁵¹ Zum Verständnis der zeitgenössischen Debatten über die polnische Nationalitätenpolitik ist es daher nötig, sowohl die Sichtweisen der Akteure auf Nationalität als Kategorie als auch den dynamischen Charakter nationaler Zuschreibungen genauer zu untersuchen.

Die skizzierte problematische Verwendung des Begriffs Nationalität in verschiedenen Quellen sowie in der Fachliteratur und die unterschiedlichen mit-schwingenden Bedeutungen unterstreichen die Notwendigkeit, mit dem Begriff kritisch umzugehen. Angesichts des dynamischen Charakters nationaler Zuschreibungen sowie der Tatsache, dass sich das Nationalbewusstsein großer Teile der Bevölkerung erst in dieser Zeit ausprägte, betrachte ich es weder als hilfreich noch als möglich, die Verteilung der einzelnen Nationalitäten exakt zu quantifizieren. Die Volkszählungen geben – trotz aller Kritik – einen ungefähren Eindruck von der nationalen, ethnischen und religiösen Heterogenität der polnischen Staatsbürgerinnen und -bürger, weshalb ich sie als Orientierung heranziehe. Den Begriff Nationalität verwende ich – mit der angemessenen Distanz – in Anlehnung an die Verwendung durch die Akteure selbst. Dies gilt analog auch für die Bezeichnung einzelner nationaler Gruppen. Mit Polinnen und Polen, Jüdinnen und Juden, ukrainischer, belarusischer oder polnischer Bevölkerung bezeichne ich jene Personengruppen, denen die Zugehörigkeit zur jeweiligen Nationalität zugeschrieben wurde oder die sich selbst dieser zugehörig sahen. Die Gesamtheit der Einwohner des polnischen Staates bezeichne ich als Bevölkerung Polens beziehungsweise polnische Staatsbürgerinnen und -bürger.

Auf Basis der Zuschreibung von Nationalität wurde das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern definiert. Die ethnisch polnische Bevölkerung verstand die Staatsgründung als Ergebnis der polnischen Unabhängigkeitsbemühungen und mithin als etwas, das die polnischen militärischen Verbände im Weltkrieg und danach erkämpft hatten. Entsprechend sah sie es überwiegend als natürlich an, dass dieser Staat »ihr« Nationalstaat war. Mit Ausnahme jener Juden, die in den polnischen Verbänden gekämpft hatten⁵² und die sich oft selbst als »Polen mosaischer Konfession« verstanden, hatten die anderen Nationalitäten, die auf dem Staatsgebiet Polens lebten, keinen Anteil an der Erringung der Unabhängigkeit gehabt. Den meisten Polinnen und Polen erschien es daher als völlig normal, dass die Regierung und die staatlichen Institutionen fast ausschließlich mit Personen polnischer Nationalität besetzt waren. Die wiederum berücksichtigten vor

51 Olga Linkiewicz: Peasant Communities in Interwar Poland's Eastern Borderlands: Polish Historiography and the Local Story, in: *Acta Poloniae Historica* 109 (2014), S. 17–36.

52 Marek Gałęzowski: Na wzór Berka Joselewicza. Żołnierze i oficerowie pochodzenia żydowskiego w Legionach Polskich. Warszawa 2010.

allem die Interessen der ethnisch polnischen Bevölkerung, wie der Historiker Roman Wapiński konstatiert.⁵³

Die erkämpfte polnische Unabhängigkeit beeinflusste das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheiten noch auf andere Weise. Die bewaffneten Auseinandersetzungen um den Verlauf der Staatsgrenze oder zur Abwehr der sowjetischen Westexpansion verlängerten den Krieg und gingen mit weiteren Verwüstungen gerade in jenen multiethnisch geprägten Landstrichen einher, die zu den Ostgebieten der polnischen Republik werden sollten: den späteren Woiwodschaften Wolhynien, Polesien, Nowogródek und Wilna sowie Ostgalizien, das in die Woiwodschaften Lemberg, Tarnopol und Stanislaw (Stanisławów) aufgeteilt wurde. Die galizischen Ukrainer etwa hatten 1918/19 mit der Westukrainischen Volksrepublik ihren eigenen Staat erfolglos verteidigt.⁵⁴ Um das Wilnaer Gebiet wiederum war es zu Auseinandersetzungen mit Litauen gekommen.⁵⁵ Auch im Westen des neuen Staates lehnten große Teile der deutschen Bevölkerung den jungen Staat ab, was zahlreiche bewaffnete Konflikte mit den polnischen Verbänden zur Folge hatte.⁵⁶ Diese Auseinandersetzungen gingen meist mit Übergriffen auf die Zivilbevölkerung einher, darunter eine Reihe von Pogromen gegen die lokale jüdische Bevölkerung, die durch die polnische Armeeführung oft nicht oder nicht in ausreichendem Maße unterbunden wurden.⁵⁷ Die Welle bewaffneter Konflikte um die polnische Staatsgründung, deren Ausmaß an Brutalität und interethnischer Gewalt über das konventioneller Kriege hinausging, hat Jochen Böehler als Bürgerkrieg in Mitteleuropa beschrieben.⁵⁸ Gerade für das Verhältnis zwischen polnischer Mehrheit und nationalen Minderheiten sollten sich seine Folgen als große Hypothek erweisen.

Den Angehörigen der nichtpolnischen Nationalitäten waren durch den 1919 in Paris unterzeichneten Minderheitenschutzvertrag⁵⁹ wie auch durch die polnische

53 Wapiński: *Polska i małe ojczyzny Polaków*, S. 348.

54 Torsten Wehrhahn: *Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923*. Berlin 2004.

55 Włodzimierz Borodziej: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*. München 2010, S. 118.

56 Albert Kotowski: *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1919–1939*. Wiesbaden 1998, S. 74–82.

57 Detailliert zum Fall Lemberg: Christoph Mick: *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914–1947*. Wiesbaden 2010, S. 232–255. Zu den antijüdischen Übergriffen siehe: Frank Golczewski: *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zum Antisemitismus in Osteuropa*. Stuttgart 1981, S. 181–231.

58 Jochen Böehler: *Civil War in Central Europe, 1918–1921. The Reconstruction of Poland*. Oxford 2018.

59 Zur Problematik des internationalen Minderheitenschutzes nach dem Ersten Weltkrieg: Dietmar Müller: *Staatsbürgerschaft und Minderheitenschutz. »Managing diversity« im östlichen und westlichen Europa*, in: Themenportal Europäische Geschichte (2006), <http://www.euro->

Verfassung vom März 1921 die vollen staatsbürgerlichen Rechte sowie darüber hinausreichende Sonderrechte zum Schutz der sprachlichen, kulturellen und religiösen Eigenheiten garantiert worden. In der praktischen Ausgestaltung des Zusammenlebens im polnischen Staat stellte sich dieser Schutz jedoch weit weniger umfassend dar. Nicht selten unterliefen oder missachteten Politik und Verwaltung nationale wie internationale Schutzregelungen. Der Minderheitenschutzvertrag erwies sich zumeist als stumpfes Schwert gegen Diskriminierungen.⁶⁰

Angesichts dieser Ausgangssituation ist es wenig verwunderlich, dass der Soziologe Rogers Brubaker in seiner Studie *Nationalism reframed* die Zweite Polnische Republik als historische Fallstudie für einen *nationalizing state* wählte. In dieser konzipierte er einen multinationalen Staat, in dem die als Kernnation verstandene Nationalität politisch und wirtschaftlich gegenüber anderen Nationalitäten privilegiert ist. Den Begriff, der sich als »nationalisierender Staat« übersetzen ließe, wählte Brubaker, um solche Staaten von »fertigen« Nationalstaaten abzugrenzen und damit die Prozesshaftigkeit der Nationalisierung zu unterstreichen. In diesem Prozess soll, so Brubaker, ein in den Augen seiner Eliten unvollendeter Nationalstaat durch die Privilegierung der ethnisch definierten Kernnation vollendet werden. Die Angehörigen anderer Nationalitäten geraten so als nationale Minderheiten in Opposition zu diesem Staat.⁶¹

Brubakers *nationalizing state* ist ein hilfreicher Ansatz, um die Nationalitätenpolitik der Zweiten Polnischen Republik zu analysieren. So schärft er den Blick für die nationalisierende Politik des Staates, die sich beispielsweise darin äußerte, dass Angehörige nationaler Minderheiten aus dem Staatsdienst entfernt und durch Personen polnischer Nationalität ersetzt wurden.⁶² Auch die nationaldemokratische Politik, die auf eine klare Privilegierung ethnischer Polen und eine Polonisierung zumindest der slawischen Minderheiten und somit auf eine ethnische Homogenisierung des Staates abzielte, lässt sich in diesem Konzept fassen.⁶³

pa.clio-online.de/2006/Article=172. Der Text des Vertrags: Minderheitenschutzvertrag zwischen den Alliierten und Assoziierten Hauptmächten und Polen. Versailles, 28. Juni 1919, in: Themenportal Europäische Geschichte (2007), <http://www.europa.clio-online.de/2007/Article=219>.

60 Ausführlich zu den Schwächen des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund: Martin Scheuermann: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung. Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren. Marburg 2000.

61 Rogers Brubaker: *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*. Cambridge 1996, S. 63.

62 Cornelius Gröschel: Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik. Zur Bedrohung des jüdischen Wirtschaftslebens in der Zweiten Polnischen Republik (1918–1939). Marburg 2010, S. 281–328.

63 Ewa Maj: Od »bierniej masy plemiennej« do »komiwożazera«. *Narodowa Demokracja* (do 1939 rok), in: Jan Jachymek/Waldemar Paruch (Hg.): *Między rzeczywistością polityczną i*

Andere Fragen, die für diese Arbeit zentral sind, können hingegen mit Brubakers Konzept nicht geklärt werden. Die Frage nach den Akteuren dieser Nationalisierungspolitik stellt Brubaker gar nicht erst, da er »den Staat« zum Handelnden erklärt. Dessen Handeln erscheint so als einheitlich und zielgerichtet, während zeitgleich stattfindende, gegenläufige Entwicklungen ausgeblendet werden. Die scheinbare Zielgerichtetheit ergibt sich jedoch aus einer Analyse, die vom Ergebnis her gedacht ist. Sie suggeriert eine Zwangsläufigkeit, die an sich fragwürdig ist und aus dem Erfahrungshorizont der in der Zeit Handelnden nicht erkennbar war.⁶⁴ Ebendiese Akteure der polnischen Nationalitätenpolitik, seien es Institutionen oder konkrete Personen, die von ihnen angestoßenen gegenläufigen Entwicklungen und die sich daraus ergebenden denkbaren Alternativen stehen im Zentrum meiner Arbeit. So möchte ich eine nuanciertere Betrachtung der polnischen Nationalitätenpolitik in den Jahren von 1918 bis 1939 ermöglichen.

Schließlich lässt Brubaker beim impliziten Vergleich mit einem ethnisch und kulturell homogene Nationalstaat⁶⁵ unterschiedliche historische Entwicklungen bei der Staats- und Nationsbildung außer Acht.⁶⁶ Dazu gehört etwa, dass einige der nationalen Minderheiten, wie die ukrainische Bevölkerung Ostgaliziens, dem polnischen Staat von vornherein ablehnend gegenüber standen. Schließlich hatte dessen Armee das eigene Staatsgründungsprojekt zu Fall gebracht. Andere nationale beziehungsweise ethnische Minderheiten, denen zunächst ein klar ausgeprägtes Nationalbewusstsein gefehlt hatte, gerieten erst durch die Privilegierung der polnischen Kernnation und Diskriminierungen in einen national konnotierten Gegensatz zum Staat. Somit erzeugte die staatliche Nationalisierungspolitik teilweise erst jene Gegensätze, die sie zu beseitigen suchte, indem sie bestimmte Bevölkerungsgruppen erst in eine Lage brachte, in der sie begannen, sich bewusst als nationale Minderheit wahrzunehmen.⁶⁷

Der Begriff »nationale Minderheiten« (*mniejszości narodowy*) hatte sich spätestens seit den Minderheitenschutzverträgen, die den nach 1918 neu entstandenen Staaten durch die alliierten Großmächte auferlegt worden waren, in der internationalen Debatte durchgesetzt. Fortan fungierte er als Bezeichnung für die nicht zur Titularnation eines Nationalstaates gehörenden nationalen Grup-

światem iluzji. Rozwiązania problemu mniejszości narodowych w polskiej myśli politycznej XX wieku. Lublin 2001, S. 13–48.

64 Koselleck, Erfahrungsraum.

65 Brubaker: Nationalism Reframed, S. 63.

66 Miroslav Hroch: Ethnonationalismus – eine ostmitteleuropäische Erfindung? Leipzig 2004.

67 Brubaker: Nationalism reframed, S. 83 f. und S. 60–67. Zum Konzept des *nationalizing state* in Bezug auf die Zweite Polnische Republik siehe auch meine gemeinsam mit Christhardt Henschel verfasste Einführung zum Themenheft der Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung: Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939, in: ZfO 62 (2013) 2, S. 164–186, hier v. a. S. 164–168.

pen. Wie Kai Struve in seiner begriffsgeschichtlichen Abhandlung zu diesem Terminus darlegt, bezog sich »Minderheit« dabei zunächst nicht auf den sozialen Status der Gruppe.⁶⁸ Der Begriff ging auf Debatten aus dem Habsburgerreich des 19. Jahrhunderts zurück. In diesem Umfeld war es zu einem Transfer der ursprünglich aus dem parlamentarischen Kontext stammenden Begriffe »Minderheit« und »Mehrheit« in Diskussionen darüber gekommen, wie die Gleichheit der Staatsbürger mit der Gleichberechtigung der Nationalitäten in einem multiethnischen Staat übereinzubringen sei. Die Verknüpfung zwischen Minderheitenstatus und Diskriminierung hingegen, so Struve, habe sich erst im Laufe der 1920er und 1930er Jahre entwickelt.⁶⁹

In der Terminologie der polnischen Behörden und in der Publizistik der Zwischenkriegszeit wurde für die einzelnen nationalen Gruppen der Begriff »Nationalität« jedoch fast immer im Plural verwendet. Er stammt ebenfalls aus dem 19. Jahrhundert und löste in dessen zweiter Hälfte den Begriff »Volksstamm« in der politischen Debatte ab.⁷⁰ Dennoch hielt im polnischen Sprachgebrauch auch der Begriff »nationale Minderheit« Einzug und wurde überwiegend synonym mit »Nationalität« gebraucht. Der einzige Unterschied war, dass in der innerstaatlichen Diskussion über Nationalitätenpolitik auch die polnische Nationalität als eine der Nationalitäten im Staat verstanden wurde. Deshalb ist dieser Begriff letztlich der umfassendere, schwang doch bei »nationalen Minderheiten« immer der Gegensatz zur polnischen Mehrheit mit. Der dazugehörige Begriff *nationale Mehrheit* wurde ebenfalls in der damaligen Debatte verwendet, wenn auch deutlich seltener.

Die in der Leitfrage dieser Arbeit angesprochenen Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationalen Minderheiten in den Staat stellten das Verständnis Polens als Nationalstaat – und sein Agieren als *nationalizing state* im Sinne Brubakers – infrage. Durch das enge und statische Verständnis von Nationalität vieler politischer Akteure musste die Einbindung nationaler Minderheiten auf eine Abkehr vom Modell eines Nationalstaates mit ethnisch definierter Kernnation hinauslaufen.

68 Auf diesen »minderen Status« hingewiesen hatte: Steffi Jersch-Wenzel: Der »mindere Status« als historisches Problem. Überlegungen zur vergleichenden Minderheitenforschung. Berlin 1986.

69 Kai Struve: »Nationale Minderheit« – Begriffsgeschichtliches zu Gleichheit und Differenz, in: Leipziger Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur 2 (2004), S. 233–258.

70 Ebd., S. 242.

Polnische Nationalitätenpolitik in der historischen Forschung

Die historische Forschung zur polnischen Nationalitätenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg kann auf eine lange Tradition zurückblicken, die bis in die frühen 1960er Jahre zurückreicht.⁷¹ Viele der vor 1989 verfassten Studien sind stark von nationalen Narrativen und dem politischen Kontext ihrer Entstehung geprägt. Dennoch gelten einige davon noch immer zu Recht als Standardwerke. Diese ältere Forschung lässt sich grob in zwei Gruppen unterteilen: Die erste untersuchte die polnische Nationalitätenpolitik aus der Perspektive des polnischen Staates gegenüber verschiedenen Minderheiten,⁷² während die zweite sich dem Thema über die Betrachtung einer bestimmten nationalen Gruppe annäherte.⁷³

Nach 1989 ist eine inhaltliche Auffächerung der Thematik und eine Diversifizierung der Fragestellungen feststellbar, die zunehmend nach dem Umgang des Staates und seiner heterogenen Bevölkerung mit dem multiethnischen Charakter der Zweiten Republik fragt. Dabei kristallisieren sich in der Forschungsliteratur der letzten Jahre vor allem drei Schwerpunkte heraus: Erstens erfuhr die Auseinandersetzung mit den nationalitätenpolitischen Konzepten der polnischen Parteien und politischen Lager eine deutliche Konjunktur.⁷⁴ Zweitens sind zahlreiche Regional- und Lokalstudien über das östliche Polen erschienen.⁷⁵ Diese fokussieren das Zusammenleben der einzelnen nationalen Gruppen in einem Gebiet, in dem nationalen »Minderheiten« eine Mehrheit darstellten und sich die polni-

71 Die wohl erste Monographie, die sich dieser Thematik mit wissenschaftlichem Anspruch näherte, war: Stephan Horak: *Poland and Her National Minorities 1918–1939*. New York 1961.

72 Dazu zählen vor allem: Andrzej Chojnowski: *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921–1939*. Wrocław 1979; Tomaszewski: *Ojczyzna nie tylko Polaków*; Stanisław Mauersberg: *Szkolnictwo powszechne dla mniejszości narodowych w Polsce w latach 1918–1939*. Wrocław u. a. 1968; Paweł Korzec: *Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919–1934)*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 22 (1974), S. 515–555; ders.: *Der Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens im Jahr 1922*, in: *ZfO* 24 (1975) 2, S. 193–220; ders.: *Der Zweite Block der Nationalen Minderheiten*, *ZfO* 26 (1977) 1, S. 76–116.

73 Mirosława Papierzyńska-Turek: *Sprawa ukraińska w Drugiej Rzeczypospolitej, 1922–1926*. Kraków 1979; Ryszard Torzecki: *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923–1926*. Kraków 1989; Heller: *On the Edge*; Joseph Marcus: *Social and Political History of the Jews in Poland, 1919–1939*. Berlin 1983.

74 Einen Überblick dazu gibt der Sammelband: Waldemar Paruch/Jan Jachymek (Hg.): *Między rzeczywistością polityczną a światem iluzji. Rozwiązania problemu mniejszości narodowych w polskiej myśli politycznej XX wieku*. Lublin 2001.

75 Exemplarisch: Werner Benecke: *Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik, Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918–1939*. Köln u. a. 1999; Cornelia Schenke: *Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer in Wolhynien 1921–1939*. Hamburg/München 2004.

sche Bevölkerung in der Minderheit befand. Drittens widmet sich eine Reihe von Studien der Analyse des politischen Lebens der Nationalitäten.⁷⁶

Zwei Studien sind im Kontext dieser Arbeit hervorzuheben. Sie befassen sich mit den polnisch-ukrainischen Beziehungen in der ostpolnischen Woiwodschaft Wolhynien. Dabei nutzt Cornelia Schenke einen politikgeschichtlichen Zugriff⁷⁷ zum Thema, Timothy Snyder hingegen einen biographischen.⁷⁸ Im Zentrum steht der Versuch des langjährigen Woiwoden Henryk Józewski, in Wolhynien ein einvernehmliches polnisch-ukrainisches Zusammenleben zu organisieren. Seine Politik wird häufig als »wolyhnisches Experiment« bezeichnet und als Beispiel für eine integrative polnische Nationalitätenpolitik herangezogen. Die Urteile Schenkes und Snyders über die Ergebnisse von Józewskis Experiment fallen höchst unterschiedlich aus. Snyder betrachtet Józewskis Politik ausgehend von dessen proklamierten Programm als eine »alternative Moderne« im Hinblick auf den polnischen Nationalstaat.⁷⁹ Schenke hingegen konzentriert sich auf Józewskis Realpolitik: seinen autoritären Stil und sein repressives Vorgehen gegen Kritiker und politische Gegner.⁸⁰ Insgesamt ist Schenke überzeugender, wenn sie darlegt, warum Józewskis Experiment letztlich keine realistische Alternative in der polnischen Minderheitenpolitik war.

Über diese beiden wichtigen Arbeiten hinaus sind zahlreiche Studien erschienen, die sich mit der Tätigkeit der politischen Vertreter und der wenigen Vertreterinnen nationaler Minderheiten befassen und sie als Akteure der Nationalitätenpolitik in den Fokus rücken. Sie zeigen, dass die polnischen Staatsbürgerinnen und -bürger nichtpolnischer Nationalität die Interessen ihrer nationalen Gemeinschaften überwiegend über eine partizipative Gestaltung der Staatspolitik zu vertreten suchten. Dies galt, wie Mirosław Szumilo herausgearbeitet hat, spätestens ab Anfang der 1930er Jahre auch für die ostgalizischen Ukrainerinnen und Ukrainer.⁸¹

Zu den in der vorliegenden Studie untersuchten Institutionen und Zeitschriften liegen einige Publikationen vor, die jedoch zumeist andere Fragen als die hier

76 Für eine ausführliche Diskussion neuerer Arbeiten zur polnischen Nationalitätenpolitik 1918–1939 siehe meinen Forschungsbericht: Stephan Stach: Minderheitenpolitik in der Zweiten Polnischen Republik 1918–1939, in: *ZfO* 59 (2010) 3, S. 394–412.

77 Schenke: Nationalstaat und nationale Frage.

78 Timothy Snyder: *Sketches from a Secret War: A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine*. New Haven 2005.

79 Ebd., S. XIV.

80 Schenke: Nationalstaat und nationale Frage, S. 456 f.

81 Janusz Fałowski: *Parlamentarzyści Mniejszości Niemieckiej w Drugiej Rzeczypospolitej*. Częstochowa 2000; ders.: *Posłowie żydowscy w Sejmie Ustawodawczym 1919–1922*. Częstochowa 2000; ders.: *Mniejszość żydowska w parlamencie II Rzeczypospolitej (1922–1939)*. Kraków 2006; Rudnicki: *Żydzi w parlamencie*; Szumilo: *Ukraińska Reprezentacja Parlamentarna*.

aufgeworfenen in den Mittelpunkt rücken. Lange Zeit lag zum Warschauer Institut für Nationalitätenforschung nur ein 1985 publizierter Übersichtsartikel vor.⁸² Im Jahr 2013 erschien dann eine dem Institut gewidmete Monographie des Krakauer Politikwissenschaftlers Olgierd Grott.⁸³ Darin wird das Institut vor allem im Zusammenhang mit der erst 1934 gegründeten Kommission zur wissenschaftlichen Erforschung der Ostgebiete (*Komisja Naukowych Badań Ziem Wschodnich*) betrachtet. Obwohl der Autor akribisch die zugänglichen Quellen zum Institut ausgewertet hat, verzichtet er in seiner Arbeit weitgehend auf eine politische Kontextualisierung der Institutstätigkeit. Diese wiederum steht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit.⁸⁴

Während die Nationalitätenabteilung des Innenministeriums bisher weder in verwaltungsgeschichtlichen Arbeiten⁸⁵ noch in Arbeiten zur Nationalitätenpolitik vertieft betrachtet wurde, liegen zum *Biuletyn Polsko-Ukraiński* (Polnisch-Ukrainisches Bulletin – BPU) einige Arbeiten vor, darunter eine Monographie.⁸⁶ Darin werden die im BPU publizierten Beiträge als Ausdruck des polnisch-ukrainischen Austauschs auf gesellschaftlicher, kultureller und politischer Ebene eingehend analysiert. Den weiteren Kontext der Zeitschrift, wie auch deren Rezeption, betrachtet die Autorin jedoch nicht.⁸⁷ Einen guten Überblick über die Verbindungen der Zeitschrift zum Militäргеheimdienst und dessen auf die Sowjetukraine zielendes Programm des Prometheismus⁸⁸ bietet ein Aufsatz von Paweł Libera.⁸⁹

82 Mirosław Boruta: Instytut Badań Spraw Narodowościowych (1921–1939). Z dziejów polskich badań naukowych nad problematyką etniczną, in: *Przegląd Polonijny* 11 (1985) 2, S. 63–85.

83 Olgierd Grott: Instytut Badań Spraw Narodowościowych i Komisja Naukowych Badań Ziem Wschodnich w planowaniu polityki II Rzeczypospolitej Polskiej na kresach Wschodnich. Kraków 2013.

84 Siehe: Stephan Stach: The Institute for Nationality Research (1921–1939). A Think Tank in Minority Politics in Poland?, in: Yvonne Kleinmann/Stephan Stach/Tracie Wilson (Hg.): *Religion in the Mirror of Law. Eastern European Perspectives from the Early Modern Period to 1939*. Frankfurt a. M. 2016, S. 149–179.

85 Vgl. etwa: Waldemar Kozyra: *Polityka Administracyjna Ministrów Spraw Wewnętrznych Rzeczypospolitej Polskiej w latach 1918–1939*. Lublin 2009.

86 So erschien 2011 ein Schwerpunkt zum BPU mit insgesamt 13 Beiträgen: »Pols’ko-ukraiński kyj bjuleten«: *Evropejs’ka tradycja dialogu kultur*, in: *Kyivs’ki Polonistyčni Studii* Bd. 18 (2011), S. 10–99; außerdem: Volodymyr Komar: *Rol V. Bončkovskoho [W. Bączkowski] v normalizacij polsko-ukraińskych vidnosyn u halyčyni 1935 r.*, in: *Problemy Slovjanoznavstva* 58 (2009), S. 90–97.

87 Olha Jaručyk: *Polsko-ukraińskij miżkulturnyj Dialoh na storinkach »Biuletyn Polsko-Ukraiński« 1932–1938 rr.* Luck 2009.

88 Zum Prometheismus siehe: Zaur Gasimov: *Warschau gegen Moskau. Prometheische Aktivitäten zwischen Polen, Frankreich und der Türkei 1918–1939*. Stuttgart 2022.

89 Paweł Libera: »Biuletyn Polsko-Ukraiński« (1932–1938) – *Pismo Ruchu Prometejskiego*, in: *Kyivs’ki Polonistyčni Studii* 18 (2011), S. 33–41.

Die innenpolitische Rolle des BPU für den polnisch-ukrainischen Dialog ist bislang jedoch kaum untersucht worden.⁹⁰

Quellen und Aufbau der Arbeit

Der für die vorliegende Arbeit ausgewertete Quellenkorpus setzt sich aus Archivmaterialien und zeitgenössischer Publizistik zusammen. Die Archivalien stammen überwiegend aus polnischen Archiven, wobei in erster Linie die Bestände des Warschauer Archivs Neuer Akten (*Archiwum Akt Nowych* – AAN) zu nennen sind. Auf ihrer Grundlage konnte ich die Arbeitsweise der betrachteten Institutionen rekonstruieren, auch wenn große Teile von deren Aktenbeständen während des Zweiten Weltkriegs verloren gegangen waren. Das betrifft insbesondere das Institut für Nationalitätenforschung, dessen Hausarchiv völlig zerstört wurde. Materialien über das Institut finden sich jedoch verstreut über verschiedene Bestände in den Akten des Innen- und Außenministeriums sowie des Präsidiums des Ministerrats. Diese Korrespondenzen, Berichte und Sitzungsprotokolle geben, ergänzt durch Arbeitsberichte aus der Institutszeitschrift *Sprawy Narodowościowe* (Nationalitätenfragen), Aufschluss über dessen Tätigkeit. Auch die Arbeitsweise der Nationalitätenabteilung des Innenministeriums rekonstruiere ich gestützt auf Akten dieser Provenienz.

Ergänzend habe ich die Nachlässe wichtiger politischer Akteure, die Gegenstand dieser Arbeit sind, ausgewertet. Sie befinden sich im *Polish Institute and Sikorski Museum* (PISM) sowie der Polnischen Bibliothek des Polnischen Gesellschaftlich-Kulturellen Zentrums (*Polski Ośrodek Spoleczno Kulturalny*) – beide in London – und dem Pilsudski Institute in New York. Ein Glücksfall führte mich zu Sylvia Smoller, der Tochter Aleksander Hafftkas, des eingangs zitierten Mitarbeiters der Nationalitätenabteilung des Innenministeriums und des Instituts für Nationalitätenforschung. Sylvia Smoller gewährte mir in New York Zugang in dessen Privatarchiv und wies mich auf ein aufschlussreiches, in den 1970er Jahren aufgezeichnetes Interview mit ihrer Mutter, Ola Hafftka, hin.⁹¹

Die zeitgenössische Publizistik bildet die Grundlage für die Analyse der Debatten über die polnische Nationalitätenpolitik. Dazu wurden allen voran die Beiträge der Institutszeitschrift *Sprawy Narodowościowe* und des *Biuletyn Polsko-*

90 Dazu: Stephan Stach: The Polish-Ukrainian Bulletin in Pilsudski's Poland or, how to create space for dialogue and build trust in an authoritarian state, in: *National Identities* 23 (2021) 4, S. 369–389.

91 Das Interview ist im United States Holocaust Memorial Museum in Washington unter der Signatur RG-50.418.0001 archiviert und inzwischen zugänglich unter <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn512168> (letzter Zugriff am 19. 11. 2019).

Ukraiński, aber auch des jüdischen *Nasz Przegląd* (Unsere Umschau) und des ukrainischen *Dilo* (Die Tat) sowie verschiedener anderer Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. Ein guter Wegweiser durch die ukrainische Presse in Polen war dabei das Pressebulletin *Wiadomości Ukraińskie* (Ukrainische Nachrichten), das ich in der Prager Slawischen Bibliothek (*Slovanská Knihovna*) einsehen konnte. Ergänzt wurde das Bild durch einige wenige Memoiren, die von den Akteuren aus dem Umfeld der polnischen Nationalitätenpolitik hinterlassen wurden.⁹²

92 Ivan Kedryn: *Žyttja – podii – ljudy. Spomyny i komentari*. New York 1976; Remigiusz Bierzanek: *Przez wiek XX, wspomnienia i refleksje*, Warszawa 2006; Mykola Kovalevs'kyj: *Pry džerelach borot'by, spomyny, vražennja, refleksii*. Innsbruck 1960.

1 Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?

Die Herausbildung von Nationalitätenpolitik als eigenständiges Politikfeld im unabhängigen Polen

Am 4. Dezember 1921 traf sich in Warschau eine Gruppe von Wissenschaftlern, Diplomaten und Politikern, um zu beraten, wie ein angemessener Umgang des polnischen Staates mit der Minderheitenfrage zu erreichen sei. Unter ihnen waren auf internationaler Ebene mit Minderheitenfragen befasste Akteure vertreten, etwa der Historiker Szymon Aszkenazy, zwischen 1920 und 1923 Polens Vertreter beim Völkerbund, Adam Tarnowski, im polnischen Außenministerium zuständig für Minderheitenfragen, sowie Mirosław Arciszewski, Sekretär der polnischen Gesandtschaft in Genf.¹ Mit dem sozialistischen Politiker und Piłsudski-Vertrauten Tadeusz Hołówko, dem ehemaligen Innenminister Stanisław Thugutt und dem Sozialisten und Bürgerrechtspolitiker Stanisław Posner waren prominente Wortführer der innenpolitischen Debatte über Minderheitenrechte vertreten. Auf dieser Sitzung wurde beschlossen, ein Institut für Nationalitätenforschung zu gründen, um so die staatliche Nationalitätenpolitik kompetent beraten und begleiten zu können. Die Initiative dazu war vom international gut vernetzten Historiker Marcei Handelsman ausgegangen, der die Notwendigkeit eines solchen Instituts folgendermaßen begründete:

[Angeichts der] kurzlebigen Existenz unserer Ministerialkabinette, der unangereiften Ansichten über nationale Minderheiten sowohl in den politischen Parteien als auch in der Gesellschaft, des Unwissens über sie unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen Interessen des Staates und insbesondere wegen des Unwissens, selbst unter den herausragendsten Personen in Polen, ist es nötig, eine Institution zu schaffen, die sich in erster Linie mit der Erforschung des Zustands und der Entwicklung der Nationen bzw. Nationalitäten im polnischen Staat befasst. Dabei sollte darauf hingewirkt werden, Personen für den Beitritt zu gewinnen, die trotz unterschiedlicher politischer Weltanschauungen dennoch auf dem Standpunkt stehen, dass Probleme, die aus der Existenz se-

1 Alle drei waren direkt mit der Beantwortung von Anfragen der für die Überwachung des Minderheitenschutzvertrages zuständigen Kommission des Völkerbunds befasst. Vgl. dazu: Martin Scheuermann: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung. Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren. Marburg 2000, S. 99, 121, 125.

parater Nationen im polnischen Staat erwachsen, auf friedliche Weise und im gegenseitigen Einverständnis gelöst werden sollten.²

Handelsmans Begründung stellt eine gebündelte Beschreibung der Nationalitätenproblematik dar, der der junge polnische Staat Anfang der 1920er Jahre gegenüberstand. So war es der polnischen Nationalbewegung vor allem dank militärischer Erfolge gelungen, aus dem überwiegenden Teil der von Polen besiedelten Gebieten der drei zerfallenen Imperien der Romanows, Habsburger und Hohenzollern einen gemeinsamen polnischen Staat zu formen. Dieses Staatsgebiet beanspruchten jedoch nicht allein Polen als ihre Heimat, sondern auch weitere nationale, ethnische und ethnoreligiöse Gruppen. Aus der bisherigen nationalen Minderheit, die Polinnen und Polen in den drei zerfallenen Reichen gewesen waren, hatte sich in kurzer Zeit die nationale Mehrheit des polnischen Staates gebildet. In der politischen Praxis hatten die polnischen Politiker den Rollenwechsel von der nationalen Minderheit zur Mehrheit jedoch noch nicht vollzogen. Anstelle einer Politik, die darauf abzielte, nach der Festigung der äußeren Grenzen einen Interessenausgleich zwischen den einzelnen nationalen Gruppen innerhalb dieser Grenzen einzuleiten und so den Staat nach innen zu konsolidieren, betrieben die meisten polnischen Parteien, bewusst oder unbewusst, eine Politik, die allein die Interessen einer ethnisch verstandenen polnischen Nation zum Staatsziel erklärte. Nationale Minderheiten gerieten so in eine zwangsläufige Oppositionshaltung zum neuen Staat, der ihre Bedürfnisse weitgehend ignorierte.

Handelsman sorgte sich, dass eine einseitig an den kurzfristigen Interessen der polnischen Nation ausgerichtete Politik deren langfristiges Interesse – nämlich die Festigung eines unabhängigen polnischen Staates – verhindern würde. Diese Furcht wurde von der politischen Instabilität genährt, die sich an den häufig wechselnden Regierungen zeigte. Als Ausweg aus dieser Situation schlug Handelsman nicht weniger vor, als Nationalitätenpolitik als eigenes Politikfeld zu etablieren. Wissenschaftler und Praktiker sollten es durch Beratung, Expertise und die Entwicklung sachlich fundierter Konzepte begleiten. Folgerichtig schlug er die Gründung des Instituts für Nationalitätenforschung (*Instytut Badań Spraw Narodowościowych* – IBSN) und somit die Institutionalisierung der polnischen Nationalitätenpolitik vor. Dabei war es ihm und den anderen Teilnehmern des Treffens wichtig, dass diese Politik auf einen Interessenausgleich zwischen den einzelnen Nationalitäten in Polen ausgerichtet war. In diesem Kapitel analysiere ich die Entstehung und Entwicklung des Instituts für Nationalitätenforschung und anderer Expertengremien als Ausdruck einer sich als eigenständiges Politikfeld etablierenden Nationalitätenpolitik im Polen vor dem Maiputsch von 1926.

2 Biblioteka Uniwersytecka w Warszawie (BUW), Dział Rękopisów (DzR), Signatur 1562, Sprawozdanie z zebrań odbytych w sprawie Instytutu badania spraw narodowościowych w Polsce, Bl. 43.

*Nationalitätenpolitik im neuen Staat:
Die Gründung des Instituts für Nationalitätenforschung*

Wie eingangs erwähnt, war die Ursache für die Entstehung des Instituts für Nationalitätenforschung um den Jahreswechsel 1921/22 die Unzufriedenheit zahlreicher Wissenschaftler, Diplomaten und Politiker damit, wie die bisherigen polnischen Regierungen mit der Frage der nationalen Minderheiten umgegangen waren. Nach wie vor blieb die Frage offen, welche Rolle jenem Teil der Bevölkerung der Polnischen Republik zugeordnet war, der sich entweder nicht als Teil der polnischen Nation verstand oder von der polnischen Mehrheit als nicht zugehörig betrachtet wurde. Es ging um nicht weniger als ein Drittel der Bevölkerung.

Als Reaktion auf die teils bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen und die damit einhergehende ethnisch motivierte Gewalt in den ersten Monaten nach der Staatsgründung machten die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte im Sommer 1919 die Unterzeichnung eines Minderheitenschutzvertrags zur Bedingung für die internationale Anerkennung des Staates. Von polnischen Politikern aller Richtungen wurde dieses Verfahren nur unter scharfem Protest akzeptiert. Sie empfanden den Vertrag unabhängig davon, wie sie dessen Inhalt beurteilten, als Demütigung. Schließlich wurden nur die neu entstehenden Staaten im östlichen Europa durch solche Verträge zum Schutz nationaler Minderheiten verpflichtet, nicht aber jene im Westen Europas. Der Vertrag löste heftige Polemiken zwischen nationaldemokratischen Abgeordneten und den wenigen Vertretern der nationalen Minderheiten im Verfassungsgebenden Sejm aus, die das politische und gesellschaftliche Klima weiter belasteten.³

Der Frieden von Riga, der den Polnisch-Sowjetischen Krieg im Frühjahr 1921 beendete, enthielt ebenfalls Regelungen zum Minderheitenschutz, diesmal allerdings auf Initiative der Vertragspartner.⁴ Mit dem Friedensvertrag, in dem die nationaldemokratisch dominierte Delegation große Teile der polnisch besetzten Gebiete an Sowjetrußland abtrat, waren auch die von den Anhängern Józef Piłsudskis gehegten Pläne für eine polnisch-litauisch-belarusisch-ukrainische Föderation hinfällig geworden.⁵ Die ukrainische Frage blieb jedoch zumindest in Ostgalizien aktuell, da dessen Zugehörigkeit zu Polen erst 1923 international anerkannt wurde. Bis dahin setzten sich ukrainische politische und gesellschaftliche

3 Paweł Korzec: Polen und der Minderheitenschutzvertrag (1919–1934), in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 22 (1974), S. 515–555.

4 Jerzy Borzęcki: *The Soviet-Polish Peace of 1921 and the Creation of Interwar Europe*. New Haven 2008, S. 239–246.

5 Zu den Föderationsplänen vgl.: Benecke: *Die Ostgebiete*, S. 9–17; Timothy Snyder: *Sketches from a Secret War*, S. 14–20.

Akteurinnen und Akteure vielfach gegenüber relevanten internationalen Stellen für die Anerkennung eines unabhängigen westukrainischen Staates ein.⁶

In Polen nutzten vor allem deutsche und ukrainische Akteure die durch den Minderheitenschutzvertrag garantierte Möglichkeit, sich mit Petitionen an den Völkerbund zu wenden, wenn sie sich in ihren Rechten beschnitten sahen.⁷ Dadurch blieb die Nationalitätenpolitik nicht nur eine innere Angelegenheit Polens, sondern wurde ein außenpolitisches Thema. Dieses instrumentalisierten einige Nachbarstaaten, insbesondere die Sowjetunion und Deutschland, um über Minderheitenfragen indirekt die politische Stabilisierung und innere Konsolidierung der jungen Polnischen Republik zu behindern. Deutschland und die Sowjetunion unterstützten politische Parteien und Gruppierungen nationaler Minderheiten finanziell oder organisatorisch, die dem polnischen Staat feindlich oder zumindest kritisch gegenüberstanden.⁸

In dieser Atmosphäre fand Anfang Dezember 1921 ein Treffen wissenschaftlicher und politischer Akteure statt, auf dem Marceli Handelsman vorschlug, ein Institut für Nationalitätenforschung zu gründen. Seine Idee fand durchaus Anklang. Die Frage aber, ob sich das Institut auf wissenschaftliche Arbeit beschränken oder auch selbst politische Lösungsvorschläge erarbeiten sollte, löste eine Diskussion aus. Am Ende beschloss die Versammlung, mit Rücksicht auf die verschiedenen politischen Anschauungen auf politische Arbeit zu verzichten. Für die Gründung des Instituts und die Ausarbeitung eines Statuts wurde ein dreiköpfiges Komitee berufen, das noch vor Weihnachten 1921 eine weitere Sitzung einberufen sollte. Sie fand am 21. Dezember statt.⁹

6 Zur Westukrainischen Volksrepublik: Torsten Wehrhahn: Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918–1923, Berlin 2004. Zu ihren prominentesten Unterstützern gehörte der Lemberger Metropolit der griechisch-katholischen Kirche Andrej Šeptytskij: Vgl.: Liliana Hentosh: *Competing Loyalties in Galicia: The Challenges Facing Metropolitan Andrei Sheptytskyi after the Disintegration of the Habsburg Empire* in: Kleinmann/Stach/Wilson (Hg.), *Religion in the Mirror of Law*, S. 241–259.

7 Scheuermann: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung. Zu Polen insbesondere S. 88–148.

8 So unterstützte das Deutsche Reich zum einen deutsche Minderheitenorganisationen insbesondere in den Grenzgebieten: Winson Chu: *The German Minority in Interwar Poland*. Cambridge 2012, S. 49–61. Zum anderen förderte Deutschland auch ukrainische Parteien in Polen: Werner Benecke: »... ein allerdings zur Zeit sehr schwacher Verbündeter Deutschlands«. *Das Auswärtige Amt und die ukrainische Minderheit in der polnischen Republik 1922–1930*, in: *ZfO* 49 (2000) 2, S. 221–241, Zur sowjetisch dominierten und in Südostpolen tätigen kommunistischen Partei der Westukraine: Janusz Radziejowski: *The Communist Party of Western Ukraine 1919–1929*. Edmonton 1983, allgemein: Torzecki, *Kwestia ukraińska*.

9 BUW, DzR, Signatur 1562, *Sprawozdanie z zebrań odbytych w sprawie Instytutu badania spraw narodowościowych w Polsce*, Bl. 43.

Die Planungen zur Gestalt des Instituts waren inzwischen wesentlich konkreter geworden: Es sollte Vorträge und Diskussionen zu Themen aus seinem Tätigkeitsbereich organisieren sowie Publikationen erstellen. Zugleich sollten seine Mitglieder Kommissionen zu den einzelnen in Polen lebenden nationalen Minderheiten bilden, in denen Vertreter der jeweiligen Nationalität mitwirkten.¹⁰ Die offizielle Gründungsversammlung fand am 1. Februar 1922 im Saal des *Towarzystwo Straży Kresowej* (Gesellschaft zum Schutz der östlichen Grenzgebiete – TSK) statt,¹¹ einer zur Erhaltung des polnischen Einflusses in den östlichen Gebieten des ehemaligen Polen-Litauens gegründeten Organisation, in deren Reihen sich auch einige Anhänger der erwähnten Föderationspläne befanden.¹²

In den ersten beiden Jahren seiner Existenz organisierte das Institut vor allem Vortrags- und Diskussionsabende zu nationalitätenpolitischen Fragestellungen. Zu den Referenten gehörten Generalstaatsanwalt Stanisław Bukowiecki und der Sozialist Tadeusz Hołówko, die auf den ersten beiden Versammlungen jeweils einen Vortrag über die »Grundsätze unserer Nationalitätenpolitik« hielten.¹³ Auf weiteren Zusammenkünften folgten Referate des Ethnographen Edward Maliszewski zur Bevölkerungsgröße der Nationalitäten in Polen¹⁴ sowie von Stanisław Thugutt über die Frage der Autonomie für Ostgalizien.¹⁵ Im Jahr 1923 erschien eine Broschüre Edward Maliszewskis zum Thema seines Vortrages.¹⁶ Zwar hatte sich das Institut selbst zu politischer Zurückhaltung verpflichtet, dies galt jedoch nicht für seine Mitglieder: Von den genannten Referenten kandidierten mit Ausnahme Maliszewskis alle bei den Parlamentswahlen im November 1922. Bukowiecki trat für die kurz vor den Wahlen gegründete *Unia Narodowo-Państwowa* (Nationale Staatsunion) an.¹⁷ Diese zentristische Partei stand Józef Piłsudski nahe und vertrat liberale Positionen in der Nationalitätenfrage. Hołówko bewarb sich für die *Polska Partia Socjalistyczna* (Polnische Sozialistische Partei – PPS) und Thugutt für die Bauernpartei *Wyzwolenie* (Befreiung).

10 Ebd.

11 Ebd., Einladungsschreiben vom 27. 1. 1922 zur ersten Sitzung des IBSN am 1. 2. 1922, Bl. 39.

12 Siehe: Nina Zielińska: *Towarzystwo Straży Kresowej 1918–1927*. Lublin 2006.

13 Ebd. und BUW, DzR, Signatur 1562, Einladungsschreiben vom 25. 2. 1922 zur Sitzung des IBSN am 3. 3. 1922, Bl. 41.

14 BUW, DzR, Signatur 1562, Einladungsschreiben vom 30. 4. 1922 zur Sitzung des IBSN am 5. 5. 1922, Bl. 42.

15 Boruta: *Instytut Badań Spraw Narodowościowych*, S. 65.

16 Edward Maliszewski, *Stosunki narodowościowe w Polsce*. Warszawa 1923.

17 Zur *Unia Narodowo-Państwowa* und ihrer Schwesterpartei *Związek Państwowy na Kresach* (Staatsvereinigung des Grenzlands) siehe Paul Brykczynski: *Primed for Violence. Murder, Antisemitism and Democratic Politics in Interwar Poland*. Madison 2016, S. 76–80.

»Staatliche Assimilation« –
Nationalitätenpolitische Konzepte im Umfeld des IBSN

Wie sahen die nationalitätenpolitischen Konzepte, die die Akteure aus dem Umfeld des IBSN zu diesem Zeitpunkt vertraten, im Detail aus? Diese Frage lässt sich anhand von Schriften zweier Akteure, Tadeusz Hołowko und Stanisław Bukowiecki, aus den Jahren 1921/22 näher beleuchten. Hołowko äußerte sich zur Nationalitätenpolitik ausführlich in verschiedenen publizistischen Texten, die in der sozialistischen Presse erschienen waren, sowie in der 1922 im Zuge der Wahlkampagne zum Sejm veröffentlichten Broschüre *Kwestia Narodowościowa w Polsce* (Die Nationalitätenfrage in Polen).¹⁸ Bukowiecki legte seine politischen Ansichten vor den Wahlen von 1922 in seinem Buch *Polityka Polski Niepodległej* (Die Politik des unabhängigen Polens)¹⁹ dar. Etwa ein Drittel der gut 230 Seiten befassten sich mit der Rolle und dem Platz nationaler Minderheiten im Staat. Die im Folgenden auszuführenden Übereinstimmungen und Gegensätze ihrer Konzepte geben einen Einblick sowohl in den Grundkonsens der IBSN-Mitglieder wie auch in das Meinungsspektrum.

Zunächst ist die politische Situation zu beachten, in der diese Schriften entstanden, nämlich im Zeitabschnitt zwischen der Verabschiedung der polnischen Verfassung im März 1921 und den ersten gesamtstaatlichen Wahlen im Herbst 1922. In diesem Kontext bildeten beide Autoren wiederum nur einen Teil der öffentlichen Meinung ab und argumentierten oft implizit oder explizit gegen die nationalitätenpolitischen Positionen der Nationaldemokraten. Diese vertraten im Hinblick auf die ostslawischen Minderheiten in den polnischen Ostgebieten, den *Kresy*, und Ostgalizien ein dezidierte Polonisierungspolitik, die auf eine forcierte Assimilation der ukrainischen und belarusischen Bevölkerungsteile abzielte.²⁰ Gegenüber der jüdischen Bevölkerung wiederum vertraten die Nationaldemokraten antisemitische Positionen, lehnten eine Assimilation strikt ab und sprachen sich für eine Verdrängung von Jüdinnen und Juden aus der polnischen Gesellschaft aus.²¹ Aus nationaldemokratischer Perspektive hatte der polnische Staat den Interessen seiner ethnisch definierten Polinnen und Polen zu dienen.

Sowohl Bukowiecki als auch Hołowko wandte sich entschieden gegen derartige Haltungen. Ein Staat, dessen Bevölkerung zu einem Drittel nicht im ethnischen Sinne war, könne nicht allein die Interessen der übrigen zwei Drittel ver-

18 Tadeusz Hołowko: *Kwestia narodowościowa w Polsce*. Warszawa 1922.

19 Stanisław Bukowiecki: *Polityka Polski niepodległej: szkic programu*. Warszawa 1922.

20 Ewa Maj: *Od »bierniej masy plemiennej« do »komiwojażera«*. *Narodowa Demokracja* (do 1939 rok), in: Jan Jachymek/Waldemar Paruch (Hg.): *Między rzeczywistością polityczną i światem iluzji. Rozwiązania problemu mniejszości narodowych w polskiej myśli politycznej XX wieku*. Lublin 2001, S. 13–48, hier S. 15–22.

21 Maj: *Od »bierniej masy plemiennej«*, S. 31–34.

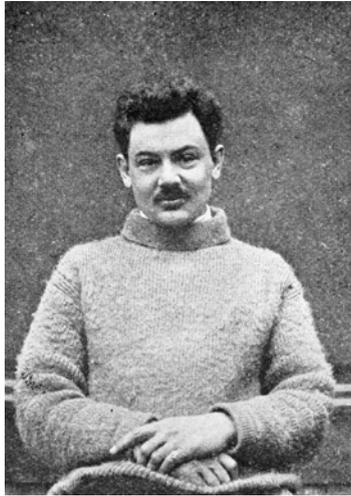


Abb. 1: Tadeusz Hołowko. Datum unbekannt. Quelle: Biblioteka Narodowa.

treten. Im Gegenteil, der Staat müsse eine Nationalitätenpolitik betreiben, die die polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nichtpolnischer Nationalität für den Staat zu gewinnen und an ihn zu binden sucht. Anders als die Nationaldemokraten suggerierten, sei dies im wirklichen Interesse Polens und der polnischen Gesellschaft. Ein Staat nämlich, dem ein knappes Drittel seiner Bevölkerung feindselig gegenüberstehe, müsse enorme Ressourcen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung aufbringen und starke Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung hinnehmen.²² So schrieb etwa Hołowko in einem Artikel, der wenige Tage nach der Gründung des IBSN erschien, dass es dank staatsbürgerlicher Gleichberechtigung sowie durch die Ermöglichung der Pflege und Entwicklung nationaler Sprache und Kultur gelingen werde, dass

[d]er polnische Staat [...] allen seinen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität eine teure und wertvolle Angelegenheit [wird] und alle daran interessiert sein werden, dass er stark und beständig sein wird.²³

22 Hołowko: *Kwestja narodowościowa*, S. 12 und 21; Bukowiecki, *Polityka Polski niepodległej*, S. 111.

23 Tadeusz Hołowko: *Mniejszości narodowe*, in: *Trybuna. Pismo socjalistyczne*. 10. Dezember 1921, S. 7.

Diesen Prozess beschrieb Hołowko in Abgrenzung zu den polnischen Nationaldemokraten als eine nicht »nationale Assimilation, sondern eine staatliche Assimilation«. ²⁴ Damit unterstrich er die Notwendigkeit, sich von einem Nationsverständnis, wie es die Nationaldemokraten propagierten und das auch breitere Kreise der polnischen Öffentlichkeit teilten, zu lösen. Dieses band die gleichberechtigte Teilhabe am polnischen Staat an die ethnische Zugehörigkeit. Angesichts der Bevölkerungszusammensetzung des unabhängigen Polens müssten aber polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die nicht im ethnischen Sinne polnisch seien, auf eine Weise in den gemeinsamen Staat eingebunden werden, die es ermöglichte und beförderte, dass sie dem Staat gegenüber Loyalität entwickeln könnten, ohne dass sie dafür ihre Nationalität aufgeben müssten. ²⁵ Der Begriff »staatliche Assimilation«, den Hołowko in diesem Artikel kreierte, wurde nach dem Putsch Piłsudskis im Jahr 1926 zum Synonym für – keineswegs immer eng an Hołowkos Gedanken orientierte – staatliche Konzepte zur Einbindung nationaler Minderheiten. Er erfreut sich auch in der Historiographie großen Interesses. ²⁶

Ähnliche Gedanken fanden sich auch beim Juristen Bukowiecki, der aber stärker als Hołowko von der polnischen Märzverfassung von 1921 ausgehend argumentierte. Diese spreche zwar von einer »polnischen Nation« (*naród polski*), meine damit aber die Gesamtheit der polnischen Staatsbürger. Schließlich seien an ihrer Erarbeitung auch Vertreter anderer Nationalitäten als der polnischen beteiligt gewesen. Diese polnische Nation sei also eine Nation im politischen und nicht im ethnischen Sinne, so wie dies bei der französischen, schweizerischen oder auch tschechoslowakischen Nation der Fall sei. ²⁷

Bukowiecki unterschied obendrein strikt zwischen einer Nation, die er als politisches Konzept verstand, und Nationalität, die eine ethnolinguistische Gemeinschaft ohne politische Elemente beschreibe:

Im polnischen Staat gibt es eine polnische Nation; der Begriff Pole bezeichnet alle Bürger dieses Staates, sowohl jene, die Polnisch sprechen, als auch jene, deren Muttersprache Deutsch oder Belarusisch ist und die Nationalitätengruppen bilden. Diese Erweiterung im Vergleich zum bisherigen Verständnis von Polonität erlegt dem Staat jedoch gewisse Pflichten auf, die sich unsere öffentliche Meinung bisher nicht zu eigen machen konnte. Daran gewöhnt, die Nation in ihrer politischen Bedeutung mit der Bezeichnung der Nationalität einer ethno-

24 Ebd.

25 Hołowko: *Kwestja narodowościowa*, S. 9.

26 Das Konzept der staatlichen Assimilation diskutieren u. a.: Snyder: *Sketches of a Secret War*; Schenke: *Nationalstaat und nationale Frage*; Waldemar Paruch: *Od konsolidacji państwowej do konsolidacji narodowej. Mniejszości narodowe w myśli politycznej obozu piłsudczykowski (1926–1939)*. Lublin 1997.

27 Bukowiecki: *Polityka Polski niepodległej*, S. 104–109.

linguistischen Gruppe zu identifizieren, neigt sie dazu, den Interessen und dem Vorteil für Polen im Sinne dieser Gruppe den Vorzug vor denen der Staatsbürger anderer Nationalität zu geben, und einige Spuren dessen finden wir sogar in der Gesetzgebung des Unabhängigen Polens. Das muss aufhören.²⁸

Während Hołowko und Bukowiecki darin übereinstimmten, dass der polnische Staat allen seinen Bürgern unabhängig von deren Nationalität gleiche Rechte gewähren, gleiche Pflichten auferlegen und ihre Interessen in gleichem Maße berücksichtigen müsse, unterschieden sich ihre Ansichten in anderen Punkten zum Teil beträchtlich.

Dies betrifft sowohl das bereits angesprochene Verständnis von Nation und Nationalität als auch die Frage, welche konkreten Maßnahmen zur Einbindung nationaler Minderheiten angewandt werden sollen. Laut Bukowiecki waren dies, wie geschildert, zwei gänzlich verschiedene Kategorien. Obendrein betrachtet er Jüdinnen und Juden weder als Nation noch als Nationalität, sondern als »rassisch-religiöse« Gemeinschaft mit besonderer ökonomischer Struktur.²⁹ Damit knüpfte Bukowiecki vermutlich an damals verbreitete Vorstellungen aus der Rassenanthropologie an, die seinerzeit als moderne Wissenschaft galt.³⁰ Im antisemitischen Diskurs in Polen spielten rassistische Vorstellungen zu dieser Zeit nur eine untergeordnete Rolle, wenngleich der Historiker Grzegorz Krzywiac aufzeigt, dass sie auf das Denken Roman Dmowskis, dem Spiritus Rector des antisemitischen polnischen Nationalismus, durchaus einen gewichtigen Einfluss ausübten.³¹

Die antisemitische Politik der Nationaldemokraten und Forderungen, die jüdische Bevölkerung aus Polen herauszudrängen, lehnt Bukowiecki jedoch entschieden ab: Sie sei weder ethisch vertretbar noch verfassungsrechtlich möglich, und obendrein hätte eine solche Politik eine enorme demoralisierende Wirkung auf die polnische Gesellschaft.³² Ebenso lehnte er es aber ab, Jüdinnen und Juden sprachliche Sonderrechte zu gewähren, etwa Jiddisch oder Hebräisch für die Kommunikation mit staatlichen Stellen oder als gar Unterrichtssprache in staatlichen Schulen zuzulassen.³³ Vielmehr müssten staatliche Schulen darauf hinwirken, dass das Polnische das Jiddische verdränge und die jüdische Bevölkerung

28 Ebd., S. 108.

29 Ebd., S. 166.

30 Dazu: Maciej Górny: *Gunst der Stunde. Rassenanthropologie in Osteuropa seit 1914*, in: *Osteuropa* 67 (2017) 1/2, S. 78–87.

31 Grzegorz Krzywiac: *Szowinizm po Polsku. Przypadek Romana Dmowskiego (1886–1905)*. Warszawa 2009, S. 79–120.

32 Bukowiecki: *Polityka Polski niepodległej*, S. 170.

33 Ebd., S. 178.